

KLARTEXT KOBLENZ VON UNTEN

Schwerpunkte der dritten Ausgabe:

**Wohnungslosigkeit - Schulden
Sparen - ‚Rohe Bürgerlichkeit‘**

März 2012



Inhalt

Vorwort	2
‚Liebe Koblenzer‘	3
Der Wohnungsmarkt	4
Was für ein Leben!?	7
Nachlese zur Buga	8
Wohnen am ‚Buga-Park‘	9
Ein Interview	10
Stromabschaltung	12
‚Schachtel und Mampf‘	13
Gesprächsrunden	14
Koblenz in der ‚Schuldenfalle‘	17
‚Offenbarungseid‘	18
Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?	19
Sozialkürzungen	20
Der ‚Glaspalast‘	21
Mit Saus und Braus, mit Sang und Klang	22
Sparen bis zum Exitus	23
Exklusion und Inklusion	24
‚Rohe Bürgerlichkeit‘	26

Eine Art Vorwort

„Millionen Lichter für Obdachlose“ war das Motto einer Inszenierung der Caritas in der Zeit vor Weihnachten. Mit Symbolen tut man sich leicht – jedenfalls solange sie unverbindlich bleiben, als Rührseligkeit das Geschäft nicht stören, vielleicht sogar fördern und dabei den Sandkasten des Events nicht verlassen.

Von solchen symbolischen Inszenierungen blieb jedenfalls die harte Wirklichkeit von Wohnungslosigkeit betroffener Menschen unberührt. Ebenso wenig wurden diejenigen „ins Licht“ der Öffentlichkeit gerückt, denen auf der Niederberger Höhe durch die Machenschaften der „DIWO Home Grundbesitz GmbH“ die Vertreibung von der „Sonnwiese“ droht. Weder der „DIWO“ noch den zuschauenden StadtpolitikerInnen ist „ein Licht“ aufgegangen.

Statt dessen durfte der Leiter des Ordnungsamtes, Herr Klug, einmal wieder „im Trüben“ fischen. Er ging auf populistische Punktejagd mit dumpfen Sprüchen gegen Obdachlose. Er weiß, dass von denen „das Geld meistens nicht in was zu essen, sondern in Tabak und Alkohol angelegt wird“. Na wenn das so ist, dann wird jeder verstehen, dass sie aus unseren Städten verschwinden müssen bzw. im Rahmen der Gefahrenabwehr im Auftrag des Ordnungsamtes entsorgt werden. Für wen sind sie eigentlich eine Gefahr? Offensichtlich nur für diejenigen, die durch die Anwesenheit von Bettlern in den Einkaufsstraßen nicht an die harte Realität erinnert und beim Käuferlebnis irritiert werden wollen, und für die Geschäftswelt, die fürchtet, dass die Kassen nicht mehr „so süß klingeln“ könnten – und das nicht nur zur Weihnachtszeit.

Und da sind natürlich unsere Freunde von „Alle lieben Koblenz“. Deren Vorsitzender Christoph Krepele macht im organisierten Betteln eine Gefahr für das Koblenzer Stadtbild aus. Schon wieder droht Gefahr, schließlich soll erreicht werden, dass sich die Besucher von Koblenz wohl fühlen. Erreicht werden soll dies durch eine „qualitative Verbesserung der Stadt“. Diese wird natürlich nicht in einem humanen Umgang mit Obdachlosen oder in der Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität von durch Armut bedrohter Menschen gesehen. Wieder einmal geht es um die „Qualität“ derer, die über Kaufkraft verfügen. Die sind Koblenz. Und die werden geliebt.

Ganz so sieht es auch der Oberbürgermeister. Er machte sogar einen Konflikt aus „zwischen denjenigen, die Koblenz lieben, und denen, die die Stadt nicht lieben“. Mit ersteren „kann man was schaffen“, mit letzteren offensichtlich nicht.

Wir gehen wohl recht in der Annahme, dass Menschen, die auf die Probleme von Wohnungslosigkeit und Armut hinweisen, in der Logik des Oberbürgermeisters zu „letzteren“ gehören. Mit ihnen will er nichts zu schaffen haben, weil er sie zu den „Miesmachern“ zählt.

Wie dem auch sei. Wir wollen einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, dass die Kehrseiten der „Stadt zum Bleiben“ „ins Licht gerückt“ werden. Der Maßstab für eine „qualitative Verbesserung der Stadt“ hängt an einer „qualitativen Verbesserung“ des Lebens für Obdachlose und für Menschen, für die eine bezahlbare, menschenwürdige Wohnung zu einem Luxusgut zu werden droht.

Wer liebt Koblenz?

Und wen liebt der Oberbürgermeister?

Wichtig, so der künftige OB, sei es, auf Menschen zu hören, auf den Friseur, den Taxifahrer, den Zahnarzt, auf den ehrbaren Kaufmann oder Handwerker. "Es gibt einen Konflikt zwischen denjenigen, die Koblenz lieben, und denen, die die Stadt nicht lieben. Es gibt viele hier, die Koblenz lieben. Mit denen kann man was schaffen." (*Rhein-Zeitung vom 19.02.2010*)

Das hat er richtig gut gesagt ‚unser‘ Oberbürgermeister... und auch noch die Wahrheit über die Politik der Stadt ausgeplaudert. Offener und ‚ehrlicher‘ kann man sich das nicht wünschen. ‚Menschen‘, auf die zu hören sind, das sind diejenigen, die ‚etwas bringen‘, die dem ‚Standort‘ der Wirtschaft ‚nützen‘, diejenigen, die ‚verwertbar‘ sind. Wer denkt da nicht an den ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten Beckstein? Er hatte, als er noch Innenminister Bayerns war, geraten, zwischen Ausländern, die uns nützen und solchen, die uns ausnützen zu unterscheiden und die einen – doch wohl zum ‚Ausnützen‘? – zu behalten und die anderen abzuschieben.

Auch ‚unserem‘ Oberbürgermeister geht es um die ‚Nützlichen‘: Sie sind offensichtlich diejenigen, „die Koblenz lieben“. Jedenfalls liebt der OB sie. Was ist aber mit den anderen, mit Menschen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, mit Armen und Wohnungslosen, mit denen, die in sog. ‚sozialen Brennpunkten‘ leben müssen, mit Menschen, die durch unbezahlbare Mieterhöhungen und durch Mobbing aus ihren Wohnungen getrieben werden? Und was sind das für Menschen, die sich um sie kümmern und deshalb die Politik der Stadt kritisieren?

Zu vermuten ist, dass der Oberbürgermeister in Armen den Stadtsäckel belastende Kostenfaktoren sieht und Kritiker zu den notorischen Miesmachern zählt, kurz: zu denjenigen, die unsere „Stadt nicht lieben“. Mit denen kann er nichts schaffen, was den vermeintlich ‚Nützlichen‘ nützt und so will er mit ihnen auch nichts ‚zu schaffen‘ haben. Genau das dokumentiert die Stadt in ihrer Ignoranz sowohl gegenüber Menschen, die keine Wohnung haben, als auch gegenüber denjenigen, für die es immer schwerer ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Im Gegensatz dazu ist kein Euro zu viel, sind keine Schulden zu hoch, um den ‚Nützlichen‘ die ‚Liebe‘ des Oberbürgermeisters zu beweisen.

Damit ist auch die Frage geklärt, wen der Oberbürgermeister ‚liebt‘ – und wen nicht. Wir verzichten gerne darauf, von ‚unserem‘ Oberbürgermeister, der ein-

mal damit geworben hatte, OB aller Koblenzer sein zu wollen, ‚geliebt‘ zu werden. Eher halten wir es mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der gesagt hatte, er liebe nicht den Staat, sondern seine Frau. Wir lieben weder Stadt noch Land noch Staat. Wir sind lediglich der bescheidenen Meinung, dass diese politischen Institutionen dafür zu sorgen haben, dass Menschen in Stadt, Land und Staat menschenwürdig leben können. Deshalb beschäftigen wir uns mit Wohnungsnot in Koblenz, mit der Politik der Stadt und einer kapitalistischen Gesellschaft, die sich in eine immer ausweglosere Krise manövriert, deren Symptom die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist. Für diese Krise ‚bluten‘ nicht die Banken, wie unser ‚Heimatblatt‘, die Rhein-Zeitung, in ihrer Schlagzeile vom 28. Oktober verkündet hatte, sondern die Menschen, die gezwungen sind, in prekären Verhältnissen zu leben.

Die Menschen mitneh...

zer SPD – Hoffnungen und Erwartungen an den zukünftigen Oberbürgermeister



litischen Aschermittwochs der Koblenzer SPD (von links): David Langner, der Koblenzer OB Joachim Hofmann-Göttig und SPD-Chef Christian Altmeier. ■ Foto: Thomas Frey

auch voranbringt.“ griff Joachim Hofmann-Göttig die ihm zugehenden Bälle (Fragen) auf, auch dafür, „hier die zu haben, nicht eine halten, die man sich ausgedacht hat, sondern Möglichkeit, auf Fra-

gen zu antworten“. Wichtig, so der künftige OB, sei es, auf Menschen zu hören, auf den Friseur, den Taxifahrer, den Zahnarzt, auf den ehrbaren Kaufmann oder Handwerker. Eine prägende Erkenntnis aus seiner Wahlkampagne: „Es gibt einen Konflikt zwischen

denjenigen, die Koblenz lieben, und denen, die die Stadt nicht lieben. Es gibt viele hier, die Koblenz lieben. Mit denen kann man was schaffen.“ Quasi als „roten Faden“ in den Zimmermann'schen Ausführungen entdeckte Hofmann-Göttig „die Aufforde-

run-
nur i
chen
„Bür
teilg
Mens
nehm
56 M
vertr
„Das
ich m
Vorre
Hoffn
ist ei
Kobl
derk
sage
am Z
man
könn
dung
werd
Die
Asch
verke
tende
ner.
Schw
eben
der L
teter
Spitz
tagsv
mach
der S
zahl
tour

Menschen ohne Wohnung

Die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber den Problemen der Menschen ohne Wohnung zeigt sich schon daran, dass sie sich nicht gemüßigt sieht, die Zahl der Wohnungslosen statistisch zu erfassen. Nach Angaben des Dachverbandes der Wohnungslosenhilfe (BAG) ist die Zahl der Wohnungslosen seit dem Jahr 2008 um zehn Prozent auf aktuell 248.000 Personen gestiegen. Als Ursachen für diese Entwicklung nennt sie Faktoren wie: Sozialpolitik, hohe Mieten, niedrige Haushaltseinkommen. Die Verarmung der unteren Einkommensgruppen sieht sie „in engem Zusammenhang mit der Dauerkrise auf dem Arbeitsmarkt, die nicht zu einem Absinken der Zahl der Langzeitarbeitslosen geführt hat“. Zugleich sei „der Niedriglohnsektor aufgrund eines fehlenden Mindestlohns extrem angewachsen“. (*junge welt vom 26.11.2011*)

Von den 223.000 Menschen ohne Wohnung leben 20.000 ganz ohne Unterkunft auf der Straße. Im Winter 2010 sind mindestens 17 wohnungslose Männer auf der Straße, in Erdhöhlen, auf Parkbänken, in Hauseingängen erfroren aufgefunden worden.

Die Zahl junger Obdachloser wächst

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe registriert eine "bedrückende Zunahme" der Obdachlosigkeit. Besonders die Zahl junger Menschen, die kein Zuhause haben, steigt stark an. 20 Prozent der bundesweit 248 000 Obdachlosen sind unter 25 Jahre.

Für die Menschen am sozialen Rand wird es immer schwerer sich Gesundheit zu leisten. Die Obdachlosen sind besonders im Winter gefährdet.

(*RZ vom 20.12.2011*)

Ca. 103.000 Menschen bzw. ca. 53.000 Haushalte sind vom Wohnungsverlust unmittelbar bedroht. 90 % der wohnungslosen Männer und Frauen sind arbeitslos, zumeist langzeitarbeitslos. Sie haben oft ein Einkommen, das noch unter den Eckregelsätzen des SGB II / XII liegt. Viele verfügen über gar kein Einkommen (www.bagw.de).

Der deutsche Wohnungsmarkt: Zahlen und Fakten

- Wohnungsbestand: rd. 39 Mio. Wohneinheiten, davon 7,8 Mio. Wohneinheiten in den neuen Ländern.
- Zahl der Haushalte: rd. 39 Mio. Haushalte. Prognose: Zahl der Haushalte steigt schneller als Zahl der Einwohner. Grund: immer mehr kleinere Haushalte.
- Von den 39 Mio. Wohneinheiten sind rd. 28 Mio. Wohneinheiten im Besitz privater Haushalte. Von den 10 Mio. Wohneinheiten, die professionelle Anbieter verwalten, entfallen rd. 2,5 Mio. Wohneinheiten auf kommunale Wohnungsunternehmen (14% des Mietwohnbestandes); rd. 2 Mio. Wohnungen befinden sich in Händen von Genossenschaften, rd. 3 Mio. Wohnungen sind in Händen privater Anbieter.
- Qualität der Wohnungen: 70% der Wohngebäude wurden seit 1945 errichtet, rd. 50% zwischen 1949 und 1978.

Der Markt selektiert

Er ‚entscheidet‘, wer bleiben darf und wer gehen muss. Von der Marktselektion betroffen sind neben alten Menschen vor allem sozial benachteiligte und kinderreiche Familien, alleinerziehende Eltern, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten, Obdachlose...

Eine Politik, die nichts hört, nichts sieht und nichts weiß...

Angesichts der Wohnungsnot fordert der Deutsche Mieterbund die Aufnahme eines Verfassungsrechts auf Wohnen in das Grundgesetz und eine Aufnahme des Rechts auf Wohnen in das Europäische Gemeinschaftsrecht. Die Europäische Union hat das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt. Auch die Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet, „einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ zu leisten und das „Grundrecht der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen auf ein Leben in Würde und auf umfassende Teilhabe an der Gesellschaft“ anzuerkennen.

(*Beschluss der EU vom 22.10.2008*)

Trotz gelegentlicher Sonntagsreden sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf

Auf eine ‚Kleine Anfrage‘ der Fraktion ‚Die Linke‘ erklärt sie: Die Bundesregierung sieht für die Einführung eines speziellen Grundrechts auf Wohnen weder einen Bedarf noch hält sie ein solches für geeignet, die Lebenssituation der von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit betroffenen Personen zu verbessern. Im Übrigen habe die Wohnungsversorgung in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre einen Stand erreicht, bei dem breite Schichten der Bevölkerung gut bis sehr gut mit Wohnraum versorgt sind. Auch einkommensschwache Haushalte sind, bezogen auf die Wohnfläche und die Wohnungsausstattung, überwiegend gut mit Wohnraum versorgt. (*Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion ‚Die Linke‘ vom 2.4.2007 Bundestagsdrucksache 16/4945*)

Wohnungslose Menschen sind solche, die de facto ohne Wohnung auf der Straße leben und nach § 67 SGB XII anspruchsberechtigt sind. Zum Kreis der Obdachlosen zählen dagegen solche Personen, die von Wohnungslosigkeit (Verlust des Wohnraums) bedroht sind oder bei denen Wohnungslosigkeit eingetreten ist und die in eine Wohnung eingewiesen werden, die nach Polizei- und Ordnungsbehördenrecht aus Gründen der Gefahrenabwehr von den Kommunen vorgehalten werden.

Wohnen in Koblenz - Wer darf bleiben? Wer muss gehen?

Wohnungen werden zur Mangelware

Die Marktsituation für Wohnungen hat sich nach Einschätzung von Experten in den vergangenen Jahren verschärft. Das geht aus dem Wohnungsbarometer 2011 der Stadt Koblenz hervor. In den unteren Preisbereichen wächst der Nachfragedruck. Geringe Einkommen und damit einhergehende Zahlungsunfähigkeit der Mieter werden als Probleme benannt. Wenig Chancen wird auch dem Neubau von Mietwohnungen eingeräumt. Der Grund: schlechte Rahmenbedingungen für Investoren. Besonders prekär ist die Lage für ältere Menschen. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich an dieser Marktlage etwas ändert.

(Vgl. RZ vom 31.5.2011)

Im Zeitraum vom 18.02. bis 18.03.2010 führte die Stadt Koblenz zum dritten Mal eine Umfrage unter ausgewählten Akteuren des Koblenzer Wohnungsmarktes durch. Zielsetzung der Erhebung ist es, Einschätzungen zu wesentlichen Entwicklungen am Wohnungsmarkt aus der Sicht ausgewiesener Expertinnen und Experten zu erfragen. Bei den befragten Akteuren handelt es sich um Makler, Sachverständige, Repräsentanten von Wohnungsbauunternehmen, Finanzierungsinstituten, Verbänden oder der öffentlichen Verwaltung.

Besonders schlechte Karten haben Alleinerziehende mit Kindern und ältere Menschen

Alleinerziehende mit Kindern werden von den Vermietern meist gemieden wie die Pest. Wer alleinerziehend ist und drei Kinder (oder mehr) hat, ist mit einem deutlichen Armutsrisiko behaftet. 63,8 Prozent dieser Gruppe sind auf staatliche Hilfe angewiesen. So bleiben für Alleinerziehende oft nur Wohnungen in alten Gebäuden und in Gebieten mit einer hohen Wohndichte.

Ältere Menschen haben schlechte Chancen, wenn sie in den eigenen vier Wänden alt werden wollen. In Koblenz droht sogar eine „graue Wohnungsnot“. Bereits in 15 Jahren werden in Koblenz 2840 altengerechte Wohnungen benötigt. Das geht aus einer aktuellen Regional-Untersuchung zur „Wohnsituation im Alter“ hervor. Ein Teil der Altbausubstanz lässt sich nicht mehr wirtschaftlich barrierearm umbauen. Es muss dringend saniert, um- und neugebaut werden. Menschen droht das Heim, nur weil die Wohnung nicht altengerecht ist. Da 39 Prozent aller Wohngebäude Nachkriegsbauten sind, ist es eine Mammutaufgabe diese Bausubstanz zu sanieren.

(Rhein-Zeitung vom 30.11.2010)

Aber nicht nur Alleinerziehende und ältere Menschen suchen eine Wohnung, die ihren Verhältnissen entspricht. **Gruppen unterschiedlichsten Alters, unterschiedlicher Einkommensverhältnisse und Lebenssituationen sind Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt.** Da Koblenz als Oberzentrum an Attraktivität gewonnen hat, wollen immer mehr junge Pendler in Koblenz wohnen. Zu dieser Gruppe gehören auch Studenten der Uni-Koblenz. Der Hochschulstandort lässt die Mieten kräftig steigen. Wer in dieser Konkurrenz auf der Strecke bleibt, sind vor allem Menschen in prekären Lebenssituationen. Die Konkurrenzsituation ist dadurch verschärft, dass seit den 1990er Jahren bei Wohnungen unter 40 qm keine neuen Kapazitäten mehr hinzu gekommen sind.

Was steigende Wohnungskosten für die Lebenslage einer Familie bedeuten, macht die Beschreibung einer Mutter deutlich

Wir sind eine sechsköpfige Familie. Mein Mann arbeitet in einer Spedition und verdient für eine volle Stelle 1.200 € netto im Monat. Ich bin Hausfrau. Für unsere vier Kinder bekommen wir Kindergeld. Wir sparen, indem wir Badewasser für die Klospülung benutzen. Wir drehen die Heizung runter, so dass die Räume 17 Grad haben. Wir löschen alle unnötigen Lichter. Die Strom- und Heizungskosten sind trotzdem so stark gestiegen, dass die hohen Nebenkosten die Kindergelderhöhungen der letzten Zeit übersteigen.

Für Lebensmittel können wir täglich 10 € ausgeben. Das heißt: nicht hungern, aber rechnen, immerzu. Milch, Wurst und Getränke sind da nicht drin. Mittlerweile bekommen wir auch ab und an einen Schein von der Koblenzer Tafel. Am Anfang hab' ich schon gedacht: Hoffentlich sieht mich niemand aus der Nachbarschaft, wenn ich dorthin gehe. Das war dann schon schwer. Aber irgendwie müssen wir ja überleben... (WDR, Monitor)

Wir kämpfen um bessere Wohnungen, hinterfragen aber nicht unbedingt die Existenz des Privateigentums, das für die Beschaffenheit von Wohnungen von grundlegender Bedeutung ist. Unser Kampf findet in einem Rahmen des "so-ist-es-nun-mal" statt. Wir wissen, dass dieser Rahmen alles, was wir erreichen können, begrenzt oder teilweise entkräftet, aber wir nehmen ihn hin, um konkrete Ergebnisse zu erhalten. (John Holloway)

Schrottwohnungen für diejenigen, die nicht mithalten können

Aus der Konkurrenz heraus fallen alle, die sich aufgrund prekärer Einkommensverhältnisse eine der auf dem Markt angebotenen Wohnungen nicht leisten können. Ihnen bleibt oft nur eine ‚Schrottwohnung‘. Dies gilt um so mehr, als seit den 1990er Jahren bei Wohnungen unter 40 qm keine neuen Kapazitäten mehr hinzu gekommen sind.

Als Ergebnis seiner Gespräche mit Betroffenen formuliert der Journalist Edgar Verheyen in der Sendung des SWF-Fernsehens ‚Ländersache‘:
Die Unterkünfte sind klein, schäbig und billig. Es gibt weder richtige Heizungen noch eigene Bäder. Ein Zimmer, gerade mal 12 Quadratmeter groß, abgewetzte Tapeten, klapprige Möbel, ein Ölofen in der Ecke. Das Gemeinschaftsbad ist auf dem Flur. Kosten: 282 Euro kalt im Monat, bezahlt vom Sozialamt.

So müssen manche Hartz IV-Empfänger in Koblenz leben. Für den Vermieter ein lukratives Geschäft, schließlich zahlt die Stadt pünktlich jeden Monat die Miete - ohne viel zu fragen. Und die Mieter selbst? Sie wehren sich häufig nicht. Manche sind nach jahrelanger Obdachlosigkeit froh überhaupt eine Bleibe gefunden zu haben. Doch kann es sein, dass Hartz IV-Empfänger in Koblenz so leben müssen, ohne dass jemand etwas tut?

Wohnungen verkaufen und Wohnungsbau privatisieren?

Um Geld in die klammen Kassen zu bekommen, lassen sich doch auch Wohnungen verkaufen. Diese Frage hat die FDP-Fraktion im Koblenzer Stadtrat aufgeworfen. Dabei denkt sie an die 3.305 Wohnungen der Koblenzer WohnBau.

Ein Prüfauftrag der CDU betrifft die ‚Wohnbau‘ eine 100-prozentige städtische Tochter. Die Fraktion regt an, Wohnungen aus dem Bestand an interessierte Mieter zu verkaufen. Das würde der Wohnbau zugute kommen und den Käufern: "Wir würden Mietern die Chance geben, bei historisch niedrigen Zinsen und steigenden Mieten Eigentum zu bilden".

(Rhein-Zeitung vom 21.02.2012)

Für die Wohnungslosen bleibt die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes, die alles zum besten lenkt: „Schließlich zeigt der soziale Wohnbau, dass sich Sozialwohnungen auch mit privaten Investoren realisieren lassen.“

(Vgl. RZ vom 30.5.2011)

Privatisierung scheint auch das Patentrezept für die Franzosensiedlung (Asterstein) zu sein. 68 Mehrfamilienhäuser, 16 Einfamilienhäuser sollen durch einen Masterplan gerettet werden. Die Lage des Wohngebietes ist hervorragend: viel Grün, beste Aussicht, Anbindung an die Innenstadt.

800 Menschen leben hier - zum Teil schon seit mehr als 40 Jahren - zur Miete in Mehrfamilienhäusern, die im Besitz der BlmA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) sind. Viele Gebäude sind stark sanierungsbedürftig, das Wohngebiet droht zu kippen. Durch Privatisierung soll das Plangebiet „längerfristig wieder als gute Adresse wahrgenommen werden. Es handelt sich um ein sehr schönes Gebiet, aber es ist einfach in die Jahre gekommen und deshalb muss hier etwas passieren“, so der Städteplaner des Bitburger Ingenieurbüros ISU. *(Vgl. RZ vom 17.6.2011)*

Vordergründig verspricht dies Entspannung angesichts der überschuldeten Kommune. Es ist aber jetzt schon abzusehen, dass sich die Fragen nach bezahlbarem und menschenwürdigem Wohnraum verschärfen werden:

- Die Orientierung privater Investoren auf Rendite und Effizienz führt zu Luxusmodernisierungen, Mietsteigerungen und sozialer Verdrängung.
- Die Spekulation auf zu erzielende Gewinne treiben die Preise der Wohnimmobilien in die Höhe.
- Wer die Wohnungspreise nicht bezahlen kann, wird in Ghettos abgedrängt. Wessen Arbeitskraft nicht verwertbar und wer über nur geringe Kaufkraft verfügt, ist in einer kapitalistischen Gesellschaft nur ein überflüssiger Kostenfaktor. Problemlagen, die sich in den Ghettos bilden, werden erst wahrgenommen, wenn der soziale Sprengstoff sich in Formen von Kriminalität und Gewalt entlädt.

Im Klartext heißt das

- Bei den Armen wird gespart, die Reichen werden gefördert. Um Unternehmen anzulocken verzichtet die Stadt trotz Schulden auf Einnahmen. Zu Beginn des Jahres wurde der Gewerbesteuerhebesatz um 25 Prozent Punkte auf 395 gesenkt.
- Bezahlbare Wohnungen für sozial ausgegrenzte Menschen sind für die ‚Stadt zum Bleiben‘ unbezahlbar – aber für eine BuGa und für eine architektonisch aufgemotzte und in Beton gegossene Rheinanlage nebst Treppe zum Rhein sind keine Mittel zu viel.
- Wir haben einen Paradiesgarten an der St. Castor-Basilika mit Blick auf ein ‚Seilbahn-Wunder‘, aber kein Geld für die Stadtranderholung der Kinder, deren Eltern nicht die Mittel für eine Urlaubsreise aufbringen können.
- **Sparen ja, aber doch nicht bei „einzigartigen Projekten“**

Was für viele zum Leben übrig bleibt

Durchschnittlicher qm/Mietpreis nach Mietspiegel in Koblenz...	6,08 €
Die Transferzahlung der Stadt für Miete bei Eine-Person-Haushalt (50qm ist zulässig)...	248,86 €
Eine Wohnung von 50qm, Baujahr vor 1949, qm/Preis 5,41 €, kostet im Monat...	270,50 €
Eine Wohnung von 44qm, Baujahr vor 1949, qm/Preis 5,98 €, kostet im Monat...	263,12 €
Hartz-IV-Regelsatz für eine Person...	374,00 €
Für Nebenkosten werden gezahlt...	56,52 €
Für Heizkosten werden gezahlt...	64,96 €
Mehrkosten für Miete müssen vom Regelsatz gezahlt werden...	18,00 bis 55,00 €
<i>(Oft kommen noch durch schlecht isolierte Wohnungen Mehrkosten für die Heizung dazu.)</i>	
Als Rücklage (für Möbel, Geräte, Reparaturen, etc.) muss im Monat gerechnet werden...	50,00 €
Regelsatz...	374,00 €
Abziehen für Mehrkosten und Rücklage sind ca. ...	-104,00 €
Da bleibt oft zum Leben für den Monat ...	= 270,00 €

Gewerkschaft und Diakonisches Werk befürchten Vertreibung armer Menschen

Allein die Mieten für kleine Wohnungen unter 40 Quadratmeter haben um bis zu 14,8 Prozent zugelegt. Hinzu kommt, dass bei Neuabschlüssen die Preise geradezu explodieren und Suchende mit schmalen Geldbeutel nicht mehr mithalten können. Gleichzeitig wird Wohnraum immer knapper.

Betroffen von dem Mangel seien vor allem Migranten, Rentner, Alleinerziehende, Menschen in befristeter Beschäftigung und Hartz-IV-Empfänger in kleinen Wohnungen.

Vor allem Erwerbslose im Hartz-IV-Bezug blieben immer häufiger auf der Strecke. "Die Mieten liegen über dem Satz der Wohnkostenübernahme, sodass es nahezu unmöglich ist, bei einem erzwungenen Wechsel, eine günstigere Wohnung zu finden".

Langzeiterwerbslose könnten von den Jobcentern keine Unterstützung erwarten. Vielmehr erhielten Hilfesuchende den Hinweis in einen Randbezirk auszuweichen oder die Differenz zwischen der Wohnkostenübernahme und der tatsächlichen Miete aus dem Hartz-IV-Regelsatz zu begleichen.

Kurzfristig müssten die Richtwerte für die Wohnkostenübernahme bei Hartz-IV-Haushalten an dem Mietspiegel orientiert werden. Die öffentlichen Wohnungsgesellschaften sollten angewiesen werden, preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Um den tatsächlichen Bedarf zu decken, seien mittelfristig Förderprogramme für einen neuen sozialen Wohnungsbau erforderlich. "Es kann nicht sein, dass die Menschen an den Rand der Stadt verdrängt werden. So entstehen ghettoähnliche Bezirke. Das gesamte innerstädtische Sozialgefüge gerät in eine nicht mehr zu korrigierende Schieflage".

(Der Bericht und die Zitate stammen von einer gemeinsamen Pressekonzferenz unter dem Motto 'Wohnst du schon oder suchst du noch?' der beiden oben genannten Organisationen und erschien in der jungen welt am 14.07.2011)

Noch mehr Strafen gegen Hartz-IV-Bezieher

Die Zahl der Sanktionen gegen Bezieher des Arbeitslosengeldes II steigt. Wie aus Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht verhängten die Job-Center zwischen Januar und September 2011 667.500 Strafmaßnahmen. Im selben Zeitraum des Vorjahres waren es neun Prozent weniger.

(jw vom 8.2.2012)

Klageflut vor dem Bundesarbeitsgericht

"2011 hatten wir die höchsten Eingänge in unserer Geschichte", sagte BAG-Präsidentin Ingrid Schmidt. Im vergangenen Jahr wurden demnach 3.421 neue Verfahren registriert, das waren 950 oder fast 40 Prozent mehr als 2010. *(jw vom 1.2.2012)*

Immer mehr Bürger sind überschuldet

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander: Immer mehr Menschen sind überschuldet. So lautet das Fazit der Koblenzer Creditreform.

Die Bundesgartenschau war zwar für viele Betriebe ein erfolgreiches Konjunkturprogramm, doch kamen die erhofften Mehreinnahmen nicht bei den Bürgern an.

6,41 Millionen Frauen und Männer sind bundesweit überschuldet. Die Gründe: prekäre Beschäftigungsverhältnisse, schlecht bezahlte Teilzeitjobs und Altersarmut.

Heute ist die Mehrheit der Betroffenen in einer schier ausweglosen Lage, steuert in die Privatinsolvenz oder wird sogar zum Fall für den Staatsanwalt.

Es gibt einen weiteren Trend: Der Anteil der "harten Fälle" steigt.

Bedenklich ist die Situation in Koblenz. Im Oberzentrum sind rund 13.000 Bürger überschuldet, was aktuell einem Anteil von 12,22 Prozent entspricht.

(RZ vom 30.11.2011)

BUGA 2011

Sie erinnern sich?

Herzlich Willkommen zur Buga Koblenz 2011

Die Buga Koblenz 2011 verwandelt Koblenz, und eine der ältesten Städte Deutschlands präsentiert sich mit einem neuen Gesicht.

Koblenz freut sich darauf, seine Verwandlung zu feiern und zu einem sommerlangen Fest begrüßen zu können.

Wir laden Sie ein zu einem unvergesslichen Besuch: Erleben Sie die blühende Gartenpracht direkt im Herzen einer weltoffenen Stadt.

Heutzutage stehe vor allem "zukunftsweisende Stadtentwicklung im Vordergrund, die die Lebensqualität nachhaltig verbessern soll", heißt es in der offiziellen Broschüre der Koblenzer Buga.

Monatlang wurde das Rheinufer zubetoniert, die Festung restauriert, gesät, abgeholzt und umgegraben. Insgesamt wurden rund 160 Mio Euro in und um die Buga investiert (Schienenhaltepunkt, Festung, Stolzenfels etc.).

Als "Riesenchance für die Stadt Koblenz und die Region" bezeichnete OB Schulte-Wissermann die Buga 2011.

Bundesgartenschauen sind bei Bürgermeistern beliebt: Sie locken Millionen an Besuchern und noch mehr Fördergelder in die Stadt.

Die Buga

ist die schöne bunte Welt der Blumenrabatten, Buchsbaumhecken und Begonienbeete. Seit Generationen streben Familien zur Buga um sich an akkuraten Arrangements blühender Beetpflanzen zu erfreuen.

Der Bund der Steuerzahler

rechnet für die Buga Koblenz durch die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass im Nachhinein jedes Jahr Geld aus dem städtischen Haushalt für die Instandhaltung aufgewendet werden muss. Die Stadt Rostock müsse beispielsweise in Folge der Gartenschau 2003 jährliche Betriebskosten in Höhe von über 2 Mio. Euro aufbringen. *(Siehe Seite 18!!)*

Buga-Salat für die Tafel

Rhein-Zeitung, als die Radieschen reif waren! Rund 400 Salatköpfe, zehn Körbe Feldsalat und 500 Radieschen konnten nun im Festungspark geerntet und der ‚Koblenzer Tafel‘ zur Weitergabe an bedürftige Menschen zur Verfügung gestellt werden. Oberbürgermeister Joachim Hofmann-Göttig und Buga-Geschäftsführer Hanspeter Faas übernahmen die ersten Erntearbeiten.

„Die TAFEL“ meint

„Wenn es wieder etwas zu ernten gibt, sind wir natürlich sofort zur Stelle.“ Für die nächste Lieferung werden unter anderem Kohlköpfe erwartet.

**Im Mai 2012 soll es ein 12 tages Fest geben**

Der Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig: „Wir lassen mit der Lichtströme-Veranstaltung die Buga noch mal aufblühen, wir waren sparsam, wir haben noch 1,7 Millionen Euro Luft, damit können wir die Aktivitäten 2012 finanzieren.“

Der OB weiter: „Wenn 67 Prozent der Besucher einen weiteren Aufenthalt in Koblenz in Aussicht stellen, müssen wir darauf vorbereitet sein und alles dafür tun, dass es nicht nur bei den Absichten bleibt.“

„Koblenz war schon vor der Buga schön. Koblenz war während der Buga besonders schön. Und Koblenz bleibt schön auf lange Zeit - versprochen. Denn Schönheit kommt von Innen. Gute Laune, fröhliche Gesichter, das ist die wahre Schönheit. Die Landschaft, Rhein und Mosel, die Altstadt, Schloss, Festung und die tolle Seilbahn, das kommt alles noch dazu.“

Ministerpräsident Beck

betonte, dass die Investitionen des Landes, der Stadt und der Unternehmen in der Buga nachhaltig und ertragreich gewesen seien. Er sagte: „Jeder investierte Euro hat fünf „Buga-Euro“ eingespielt. Das nenne ich eine ordentliche Rendite.“

Das ist eine Luftnummer - ‚Nürburg-Ring‘ lässt grüßen - Beck verwechselte hier den Gesamt-Umsatz, den er sehr gewagt mit 800 Mio Euro ansetzt (160 Mio x 5 = 800 Mio Euro) mit der Rendite, die meistens den Gesamterfolg am Ende einer Wertschöpfungskette von einer Kapitalanlage als tatsächliche Verzinsung des eingesetzten Kapitals beinhaltet.

Buga macht Immobilien teuer

Wer in die Koblenzer Innenstadt ziehen will, muss mit deutlich steigenden Kosten rechnen. Der Koblenzer Immobilienmakler Moritz Klöckner ging von Steigerungen zwischen 5 und 15 Prozent in den nächsten drei Jahren aus. Grund sind die immensen Investitionen in die Koblenzer Infrastruktur im Vorfeld der Bundesgartenschau. Besonders teuer dürfte es in den Bereichen werden, die in der Nähe des Buga-Geländes liegen. Wenn gebaut wird, dann ist das Ziel, hochwertigen Wohnraum zwecks Vermietung oder Verkauf zu schaffen. „Durch die neuen Grünflächen und infolge der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen steigen der Nutzungswert und damit auch die Preise“, erklärt Klöckner. (Vgl. RZ vom 27.7.2011)

Sofort nach dem Ende der Buga wurde damit begonnen, den Buga-Kernbereich in einen Bürgerpark zu verwandeln. Damit wird das Naherholungsgebiet für einen neu zu schaffenden Wohn- und Gewerbestadtteil umgebaut.

„Wohnen am Buga-Park“

Die Wohnsiedlung Niederberger Höhe - Eigentümer ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) - wird verkauft. In einer Hochglanzbroschüre werden die Häuser unter dem Slogan „Wohnen auf dem Festungsplateau“ angeboten. Die Siedlung, die das „Wohnen am Buga-Park“ verspricht, soll das Filetstück werden.

Zehn Mehrfamilienhäuser mit 188 Wohnungen zwischen 44 und 129 qm stehen zur Disposition. Doch wie viel hat sich in den vergangenen Jahren in der Siedlung getan? Heruntergekommen, mit undichten Fenstern, man hat an den Gebäuden eigentlich nichts mehr gemacht. Seit dem 27. November 2010 steht der Komplex öffentlich zum Verkauf.

(RZ vom Freitag, 14. Januar 2011)

„DIWO Home Grundbesitz GmbH“ - Vertreibung von der „Sonnwiese“

Bei der Durchführung des Projekts stören die Bewohner. Für sie werden die neuen Wohnungen zu teuer. Bezahlbarer Wohnraum steht nicht zur Verfügung. So ist es kein Zufall, dass nach Angaben von „DIWO“ Geschäftsführer Bernd Dillmann von 100 Mietern 80 bleiben wollen. Das Problem für die DIWO: „Zehn bis zwölf Mietparteien passen hier einfach nicht mehr rein“, erklärt Dillmann. Mit ihrem „schlechten Ruf“ stören sie das „Image“ des neuen Wohngebiets und verderben die Preise. Gesucht sind „anständige Bürger“, vor deren Tür die Polizei nichts zu suchen hat.

Die „DIWO“ sucht ihre Interessen durch „Vertreibung“ der Mieter durchzusetzen. Eine Strategie ist dabei die drastische Erhöhung der Miete. In 44 von 200 Wohnungen müssen Mieter darum bangen, dass sie

in Zukunft überhaupt noch wohnen bleiben dürfen. Sie erhalten Hartz IV oder die Grundsicherung im Alter. Die deutlich steigenden Mieten dürften über dem Satz liegen, der für Leistungsempfänger zulässig ist.

Die Stadtverwaltung macht sich zum Erfüllungsgehilfen der „DIWO“. Sie erklärt, in Koblenz gebe es ausreichend günstigen Wohnraum für die Empfänger von Hartz IV oder Grundsicherung. Falls die Wohnungen auf der Niederberger Höhe tatsächlich zu teuer werden, wird den Betroffenen eine Frist von bis zu sechs Monaten eingeräumt, um eine Wohnung zu finden. Diese kann verlängert werden, wenn die Mieter trotz nachgewiesener intensiver Bemühung keine neue Wohnung finden.

Wie Wohnsituation und Druck der „DIWO“ auf der Niederberger Höhe aussehen, machen Aussagen von Bewohnern deutlich

- „Meine Heizung geht nicht. Ich habe zwei Kinder, denen ist kalt, was soll ich machen?“
- „In meiner Wohnung wird momentan nichts getan, ich lebe in einer Baustelle.“
- „Ich habe eine Garage, die kostete bis dato 36 Euro. Die „DIWO“ hat die Kosten auf 50 Euro heraufgesetzt und mich ‚vor die Wahl gestellt‘, den neuen Mietvertrag zu unterschreiben - in dem eine um 43 Prozent höherer Miete angesetzt war“.
- Mieter und Mieterbund erhalten auf telefonische Anfrage und Briefe keine Antworten von der „DIWO“ Home GmbH. Einen Rechtsanwalt können sie sich nicht leisten. So sind sie den Schikanen des Vermieters „DIWO“ und der Ignoranz der Stadtverwaltung hilflos ausgeliefert.

Ein Gespräch im Bus der Linie 9 zufällig aufgeschnappt

Soll ich Dir mal was sagen? Ich bin schon gespannt, was ich heute im Briefkasten finde. Wenn er mich immer noch rausschmeißen will, gehe ich morgen zum Rechtsanwalt. Ein Politiker versprach, etwas für mich zu tun. „Ich kenne einen bei der ‚WohnBau‘“, sagte der. Aber nix ist passiert. Das ist ein ‚Dummschwätzer‘. Ich habe mich extra rasiert, das hat nichts genutzt. Die haben auch keine kleine Wohnung für mich.

Ich kaufe immer für den ganzen Monat Fleisch und andere verderbliche Sachen ein. Das ist billiger. Die haben mir letztes den Strom abgestellt. Dadurch war alles verdorben. Einen Tag später war die Wohnungstür aufgebrochen. Die Polizei fragte mich, ob ich Anzeige erstatten will. Nein, sagte ich, ich will mich gütlich einigen. Wenn er mir entgegen kommt, vergesse ich auch die verdorbenen Lebensmittel. Aber ich glaube, der bleibt hart. Da hilft wohl nur der Rechtsanwalt.

Koblenzer Herbergssuche

Herr K. ist 47 Jahre. Seit über drei Jahren ist er trockener Alkoholiker. In einem Interview beschreibt er, wie es ihm bei der Wohnungssuche ergangen ist.

Momentan geht es Ihnen ganz gut, war das immer so?

Herr K.: Es ist in der heutigen Zeit nicht leicht, seine Würde zu behalten. Als Hartz IV-Bezieher, wie ich es momentan bin, wird man schnell in die Ecke einer sozialen Randgruppe gedrängt. Dies konnte ich am eigenen Leib erfahren. Seit einem Jahr versuche ich, eine Wohnung in Koblenz zu finden, was für mich als Hartz IV-Bezieher eine fast ausweglose Situation ist. Über 40 Wohnungen sah ich mir an. Aber die Tatsache, dass ich Hartz IV beziehe, ist eine unüberwindbare Hürde.

Wo haben Sie denn vorher gewohnt?

Herr K.: Von August 2007 – bis August 2010 habe ich im ‚Betreuten Wohnen‘ gelebt. Normalerweise geht das höchstens für zwei Jahre, deshalb meine intensive Wohnungssuche ab Mitte 2009. Der Steg e.V., der dies ‚Betreutes Wohnen‘ anbietet, kündigte mir zwar nicht den Wohnplatz, aber es lastete schon ein Druck auf mir und das belastete mich auch. Ein Sozialarbeiter half mir bei der Wohnungssuche, aber auch er konnte nichts ausrichten.

Wie war denn Ihre Wohnungssuche, wo haben Sie überall nachgefragt?

Herr K.: Angefangen habe ich im Internet über ImmobilienScout. Weiter ging es dann über die Zeitung und mit Privatadressen. Schließlich dann auch mit der Koblenzer WohnBau und Immobilienfirmen.

Mich würde interessieren, warum Sie sogar durch die Koblenzer WohnBau keine passende Wohnung gefunden haben?

Herr K.: Ich habe einen Antrag für eine Wohnung abgegeben. Die Mitarbeiterin fragte mich nach meinem Beruf und meiner Arbeit. Als ich ihr sagte, dass ich im Moment arbeitslos bin und Hartz IV beziehe, kam sie ins Grübeln und sagte dann: „Ja, sehen Sie mal zu, dass sie wieder Arbeit finden, dann können Sie noch mal nachfragen, dann werden wir sehen, was wir für Sie tun können.“

Wie geht man damit um, wenn man merkt, dass man als Hartz-IV-Empfänger überhaupt keine Chance mehr hat, eine Wohnung zu finden?

Herr K.: Wissen Sie, darüber bin ich hinweg. Ich ärgere mich nicht mehr, ich weiß, was ich mir wert bin. Ich habe den Ausstieg aus der Sucht geschafft, habe viel Hilfe von Menschen erfahren und bin sehr froh darüber. Es nützt ja nichts, sich aufzuregen, also, was solls? Die Mitarbeiterin der WohnBau hat das Problem keine Wohnungen für Hartz-IV-Empfänger zu haben und das muss sie mir verständlich machen. Die hat mich doch schon nach dem Verlassen ihres Büros wieder vergessen.

Herr B. kam dazu. Er lebt mit Herrn K. in einer Wohngemeinschaft.

Herr B.: Ich lebte auch drei Jahre im ‚Betreuten Wohnen‘ und habe ähnliche Erfahrungen. Im ImmobilienScout suchte ich verdeckt, dass heißt ohne Angabe, dass ich Hartz-IV-Bezieher bin, nach einer Wohnung für meine Bedürfnisse. Das klappte aber nicht, trotz der vielen Mühen, warum: sobald es konkreter wurde mit einem Wohnungsangebot, musste ich meine wahren Verhältnisse angeben: Ich bin Hartz IV, und schon gingen die Rollläden runter, da war die Wohnung angeblich weg. Doch halt, eine Wohnung bekam ich doch, aber da konnte ich es nicht lange aushalten. Das Wohnumfeld war untragbar für mich. Um keinen Rückfall zu erleiden, bin ich wieder ausgezogen.

Herr B. haben Sie auch Erfahrungen mit der WohnBau?

Herr B.: Bei der Koblenzer WohnBau habe ich einen Antrag auf Wohnungssuche abgegeben. Nach sechs Wochen vergeblichen Wartens ging ich wieder dort hin und fragte nach, warum ich noch keine Nachricht bekommen habe. Ich war erstaunt darüber, dass mein Antrag mit meinen Daten nicht auffindbar war.

Herr K., hatten Sie denn die Möglichkeit, zumindest zu einer Wohnungsbesichtigung eingeladen zu werden?

Herr K.: Ja doch, ich hatte öfter Termine zu einer Besichtigung bekommen. Einmal war ich gerade auf dem Weg zu einer solchen, als das Handy klingelte und ich eine Absage bekam. Ich hatte Fahrgeld ausgegeben und die Zeit vertrödelte. Was denken sich die Leute eigentlich? Bei denen ist alle Menschlichkeit weg. Ein andermal, ich war pünktlich, wartete an dem Haus auf den Mitarbeiter der Firma. Da kam der Anruf, dass der Termin um zwei Stunden verschoben wird. Ich wartete auf ihn, um dann zu erfahren, dass diese Wohnung doch ‚leider‘ nicht für einen Hartz-IV-Empfänger frei ist.

Hatten Sie denn überhaupt einmal die Möglichkeit einer Wohnungsbesichtigung?

Herr K.: Durch eine Frankfurter Firma bekam ich die Möglichkeit eine Wohnung in Bahnhofsnähe zu besichtigen. Stellen Sie sich folgendes vor: Sie kommen in ein Haus, Parterre, ein Flur für alle Leute, die auf dieser Etage wohnen. Ähnlich wie in einem Hotel gehen vom Flur mehrere Türen ab. Meine Wohnung wäre gewesen: der erste Raum rechts des Flures als Küche mit integrierter Dusche, im Flur zwei Türen weiter links der kombinierte Wohn- und Schlafraum. Jetzt fehlte noch die Toilette. Die war den Flur durch, rechts die Treppe hoch, um mehrere Ecken im Hinterhaus. Die Räume waren stark renovierungsbedürftig, schäbig, die Leitungen über Putz, uralt. Ich sagte zur Begleiterin der Firma: "Wenn ich hier einziehe, habe ich spätestens nach zwei Wochen einen Rückfall."

Ich sehe Ihr Zimmer ist zwar klein, aber sehr schön. Sie wohnen in Wohngemeinschaft mit Herrn B. Wie kamen Sie denn an diese Wohnung und gefällt sie ihnen, sind Sie zufrieden?

Herr K.: Diese Wohnung wurde mir durch meinen Therapeuten vermittelt. Die Wohnung ist schön und menschenwürdig. Ich bin froh, ich habe Glück gehabt.

Sie sind letzten Winter (2009) auch im Kältebus mitgefahren. Was haben Sie auf ihren Fahrten zu den Hilfe suchenden Menschen mitbekommen?

Herr K.: Bleiben wir beim Wohnen: Mit dem Streetworker war ich in der Sachsenstraße. Hier gibt es ein Haus, das gehört einem Herrn Stürmer. Von außen sieht das recht gut aus, aber innen: „Schrotthäuser“, die auch durch die Arge an Hartz-IV-Empfänger vermittelt werden. Wir besuchten einen Bedürftigen in diesem Haus. Die Wohnung war menschenunwürdig. An der Decke eine nackte Glühbirne. Die Wohnung hatte scheinbar keine Heizung – oder eine, die nur über Geldautomat in Gang zu setzen ist. Es war kalt. Was ist, wenn man im Winter in Geldnöte kommt? Strom und Warmwasser gab es auch nur auf Zuteilung über Automaten. Es ist unzumutbar, was bei uns passiert.

Impressum:

Pax Christi, Basisgruppe Koblenz

"Die Schachtel" e.V. und "Mampf"

"Steg" - Sozialtherapeutische
Einrichtung für Suchtkranke

Runder Tisch für Gerechtigkeit,
Frieden und
Bewahrung der Schöpfung

Druck:

Heinrich-Haus Neuwied
Sohler Weg 72
56564 Neuwied
Tel. 02622/705-500
Fax 02622/705-549
info.kwn@heinrich-haus.de
www.heinrich-haus.de

Kampagne für mehr Wohnraum

In der Bundesrepublik herrscht ein massiver Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. Wird der derzeitige Mietwohnungsbau nicht auf mindestens 130.000 neue Wohnungen pro Jahr erhöht, werden in fünf Jahren in der BRD 400.000 Unterkünfte fehlen.

So lautet das Fazit zweier aktueller Studien, die das Prestel-Institut in Hannover und der Wohnungsbauexperte Volker Eichner von der Bochumer EBZ Business School im Auftrag der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“ erstellt haben.

Den schrittweisen Rückzug des Bundes aus der Wohnraumförderung in den vergangenen fünfzehn Jahren wurde als Hauptursache für die aktuelle Wohnungsnot ausgemacht. Erforderlich wäre der Neubau von 825.000 Mietwohnungen bis zum Jahr 2017.

Matthias Günther vom Prestel Institut machte darauf aufmerksam, dass für einen Großteil der Haushalte in der BRD das Wohnen finanziell zunehmend zur Belastung werde: „Einkommen und Wohnkosten laufen immer weiter auseinander.“ So habe sich 2010 der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen unter 1.500 Euro auf über 44 Prozent erhöht. Und: „Im europäischen Vergleich ist Deutschland bei der Anzahl der Haushalte, deren gesamte Unterkunfts-kosten mehr als 40 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens erreichen, Spitze“. (*junge welt vom 03.03.2012*)

Zwei Tote nach Stromabschaltung. (RZ vom 16.11.2009)

Und eine betriebswirtschaftliche Kalkulation als Rechtfertigung

In der Wohnsiedlung ‚Gülser Moselbogen‘ kam ein junges Paar ums Leben, nachdem die KEVAG den Strom abgeschaltet und sich das Paar Feuer gemacht hatte, erstickte es in seiner Wohnung.

Von einer Bekannten der Verstorbenen wurde die Koblenzer Basisgruppe der katholischen Friedensbewegung Pax Christi über die Katastrophe informiert. Die Gruppe wandte sich an die KEVAG, drückte ihren Protest aus und fragte nach der rechtlichen Grundlage. In einem Gespräch mit der KEVAG wurde deutlich: Das Unternehmen zieht sich auf betriebswirtschaftliches Kalkül und die formale Rechtslage zurück.

Strom und Gas werden für viele zu teuer

Immer mehr Menschen können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen

Die Ämter übernehmen immer seltener die Stromforderungen von ‚unseren hilfsbedürftigen‘ Kunden, so die KEVAG.

- 2010 blieb die KEVAG auf 1,14 Mio. Euro und 2011 auf 1,59 Mio. Euro sitzen.
- 2011 waren 500 Haushalte plötzlich wegen Zählerausbau durch die EVM kalt.
- 2007 hatte die EVM 853 Ratenzahlungsvereinbarungen, 2008 waren es 2.176.
- 2010 hatte die KEVAG 3.825 Ratenzahlungsvereinbarungen getroffen, 2011 waren es schon 4.117.
- 2010 musste die KEVAG 168.250 Mahnungen versenden, 2011 waren es 175.407.
- 2010 gab es 1.218 Stromsperrungen durch die KEVAG, 2011 waren 1.512 Abnahmestellen betroffen. (Rhein-Zeitung vom 28.02.2012)

Was an menschlicher Not hinter diesen vermeintlichen Fakten und Zwängen steckt, interessiert die KEVAG nicht. Verschuldete und sozial schwache Haushalte sind am meisten von Versorgungssperren betroffen. Zudem leiden sie am stärksten unter einer fehlerhaften Abrechnungspraxis. Meist benötigen davon Betroffene die Hilfe eines Anwalts, um sich gegen Versorger durchzusetzen. Für diese Haushalte ist das unerschwinglich.

Bei all dem treiben die steigenden Gas- und Strompreise systematisch in die Schuldenfalle. Für viele werden sie zu einer existentiellen Bedrohung. Besonders betroffen sind ältere Rentnerhaushalte, häufig mit alleinstehenden Frauen, aber auch behinderte und gebrechliche Menschen. Für sie sind Strom und Heizung unverzichtbar. Allzu viele Fälle sind bekannt, in denen Versorgungsunternehmen rücksichtslos auch Kranken und Behinderten über Wochen hinweg Strom und Gas gesperrt haben.

Das alles spielt für die Entscheidungen der KEVAG keine Rolle. Sie kalkuliert betriebswirtschaftlich und handelt formrechtlich korrekt. Die betriebswirtschaftliche und auch die rechtliche Lage sind nun mal so. Da können wir nichts machen. Und wieder einmal wird betriebswirtschaftlich und rechtlich korrekt der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen. In der betriebswirtschaftlichen Logik ist kein Platz für menschliches Leben. Es geht unter in der Kosten-Nutzen-Kalkulation. Die Rechnung muss stimmen. Und wenn das Menschen das Leben kostet, ist niemand schuld. Genau darin zeigt sich die tödliche Logik der rechtlich abgesicherten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Sie funktioniert als ‚abstrakte Herrschaft‘ die betriebswirtschaftlich rational und formalrechtlich korrekt ‚über Leichen geht‘ – und niemand ist scheinbar für den Tod, den Menschen dabei sterben, verantwortlich. Die Tödlichkeit dieser Gesellschaft zeigte sich immer schon vor allem in Ländern der Zweidrittelwelt. Mit der sich verschärfenden Krise werden aber auch in den sog. reichen Ländern die Spielräume enger. Damit wird die rohe strukturelle Gewalt dieser Gesellschaft auch bei uns zunehmend sichtbar.

In der von der UNO 1948 verabschiedeten „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ heißt es: „Jeder Mensch hat Anspruch auf Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und notwendigen sozialen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet.“ Genau das kann sich der Krisenkapitalismus offensichtlich auch nicht mehr in den sog. reichen Ländern leisten. Der ‚Luxus der Menschenrechte‘ scheint nicht mehr finanzierbar.

Es wird Zeit deutlich zu machen

Wir können und wollen uns ein System nicht mehr leisten, dass zum Tod von Menschen offensichtlich keine Alternativen kennt.

Obdachlosigkeit macht krank.

Für ‚Mampf‘ wird die Lage schwieriger.

Krankheit ist eine der vielen Folgeprobleme, unter denen Menschen ohne Wohnung zu leiden haben. Der Streetworker Erich Weber nennt als die schwerwiegendsten gesundheitlichen Probleme Hautkrankheiten, Parasiten, Erkrankungen der Atemwege, Suchterkrankungen, Erfrierungen, psychische Krankheiten. Hinzu kommt – so Weber – mitunter die Bedrohung durch Jugendliche, die Obdachlose angreifen.

In Koblenz werden etwa 400 Personen durch die Caritas und rund 200 durch die Schachtel betreut. Ungefähr 230 nehmen das Übernachtungsheim der Arbeiterwohlfahrt in Anspruch. Eine wichtige Anlaufstelle für viele ist das von der ‚Schachtel‘, einer freien Initiative betriebene Wohnungslosenrestaurant ‚Mampf‘. Allein mehr als 7.000 mittägliche Mahlzeiten wurden vom ‚Mampf‘ im letzten Jahr ausgegeben. Neben einem vollwertigen Ernährungsangebot stellt ‚Mampf‘ weitere Hilfsangebote wie Sozialberatung, Dusche, Waschmaschine, Nutzung der Postadresse zur Verfügung.

Für ‚Mampf‘ wirken sich die Kürzungen der ohnehin zu geringen Zuschüsse besonders drastisch aus. Für die ‚Schachtel‘ hatte die Stadt 2011 den kommunalen Gesamtzuschuss um 7,1% gekürzt. Aufgrund der zu geringen finanziellen Ausstattung sah sich ‚Mampf‘ zu einer widersprüchlichen Maßnahme gezwungen. Mit Hilfe von ‚1 Euro-Jobs‘ musste der ‚Betrieb‘ aufrecht erhalten werden. Durch eine Zwangsmaßnahme muss ein Angebot für Menschen, die dringend auf Hilfe angewiesen sind, aufrecht erhalten werden. Menschen, die selbst auf Hilfe angewiesen sind, werden gezwungen, anderen beizustehen, die in einer noch prekäreren Lage sind.

Aber selbst diese Möglichkeit ist wieder in Frage gestellt, da Instrumente der Wiedereingliederung in

den Arbeitsmarkt einschließlich deren Förderleistungen weggefallen sind. Selbst die kostenneutrale Einstellung von Servicekräften im Rahmen einer ‚Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung‘ war ab 2011 nicht mehr möglich. Weggefallen sind auch zwei Mitarbeiter, die mit jeweils 30 Wochenstunden im Rahmen eines ‚1-Euro-Jobs‘ eingesetzt waren.

Trotz aller Probleme tun die Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen engagiert ihren Dienst - von den Mahlzeiten bis hin zu all den komplexen Problemen, mit denen die Einrichtung konfrontiert ist. Der Zynismus der Politik ist jedoch nicht zu übersehen: Menschen werden ausgebeutet und über ihre Grenzen hinaus belastet, damit anderen geholfen werden kann. Und dabei soll auch noch ‚gespart‘ werden. Dabei sparen sich Politiker ihre Verantwortung für Menschen in Not, aber auch für diejenigen, die sich für sie einsetzen. Letztere werden bestenfalls mit dem ‚Lob des Ehrenamts‘ abgespeist.

Die Menschen, die das ‚Mampf‘ aufsuchen,

sind in der Regel von komplexen Konfliktsituationen betroffen. Wohnungslosigkeit bzw. die Bedrohung davon ist oft nur eine von mehreren, gleichzeitig vorzufindenden Problematiken, die den täglich bis über 60 Besuchern im Alter von 18 bis über 80 Jahren zu schaffen machen.

Daneben weisen die Männer und Frauen, die im Verhältnis von ca. 8:2 die Einrichtung besuchen, differenzierte soziale Schwierigkeiten wie Suchterkrankung, psychische Auffälligkeit, Überschuldung, Arbeitslosigkeit, Armut etc. auf. Wie bereits erwähnt treten in der Regel mehrere Problematiken gleichzeitig auf bzw. bedingen sich gegenseitig. Es fehlt oft eine gesicherte wirtschaftliche und soziale Lebensgrundlage. Ohne die Nutzung ineinandergreifender Hilfsangebote kann die eigene Situation nicht entschieden verbessert werden.

Aus dem Jahresbericht 2011 von "Mampf"



Koblenzer Wohnungsnot und die Politik der Stadt

Kann sie nicht oder will sie nicht?

Die Wohnsituation für Alleinerziehende kam in einer öffentlichen Sitzung des Fachausschusses für Frauen am 07.04.2011 zur Sprache

(Wir dokumentieren eine private Mitschrift)

Gerd Strunk vom Sozialamt:

Wir müssen den Nachweis führen, dass genügend Wohnraum zur Verfügung steht. Es ist noch genügend Wohnraum für Bedürftige vorhanden.

Das Versorgungskonzept soll voran getrieben werden, wir sind auf einem guten Weg.

Michael Siegel, Koblenzer WohnBau:

Wir verwalten 3.300 Wohnungen, das sind 6% der Koblenzer Wohnungen. In 13% unserer Wohnungen leben Alleinerziehende - 50% hiervon wohnen in Neuendorf. Kleine Wohnungen sind zu wenige am Markt. Und hier stehen Alleinerziehende, junge und alte Menschen in Konkurrenz zueinander. Der Wohnungsbestand muss stärker in kleinere Wohnungen aufgeteilt werden, denn große Wohnungen werden dauerhaft nicht nachgefragt, Wohnraum steht zielgerichtet nicht zur Verfügung.

Ich sehe aber heute, außer der WohnBau, kein anderes Wohnbauunternehmen hier. Wen von den Investoren interessiert es, dass kleine Wohnungen gebaut werden sollen? Aus finanzieller Sicht kann die Wohnbau nichts machen. Hartz IV und Niedriglöhne sind ein Problem für den Wohnungsbau. Es wird nichts an den Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau geändert. Die Stadt, die WohnBau und Investoren müssen sich zusammensetzen. Aber die Mittel werden in den Keller gefahren und es passiert nichts. Um 14% sind kleinere Wohnungen teurer geworden. Die Obergrenze für das Wohngeld muss nach oben gefahren werden für arme und alte Menschen, für Transferbezieher. Was passiert: Die Wohnungen werden zu Anfang zum niedrigen Preis vermietet und danach wird die Miete erhöht. Auch die Nebenkosten steigen, was fehlt, müssen die Menschen sich vom Essen absparen. Das Sozialamt sagt, wir hätten genug Wohnungen, ich sehe das differenzierter.

Marlene Albrecht, Bodenmanagement:

Der Bestand an geförderten Wohnungen ist rückläufig, es besteht kein Interesse der Investoren an dem Bau von Sozialwohnungen. Für viele Menschen gibt es keine Chance auf eine angemessene, preiswerte Wohnung für ihre Bedürfnisse. Man kann ja Privatvermieter nicht zwingen, es bestehen große Vorurteile. Vermieter haben Angst vor Mietausfällen - Alleinerziehende passen nicht zur Hausgemeinschaft.

Der Vertreter des Hochbauamtes:

Ein Konzept muss her, um große Wohnungen in kleinere Einheiten zu verändern. Eine Bauleitplanung braucht lange Zeit. Man muss sich mit privaten Anbietern zusammensetzen, Anreize müssen geschaffen werden. Teure Wohnungen sind für den Markt interessanter, Sozialwohnungen machen Probleme. Es muss Wohnraum gebaut werden, aber dafür ist die Infrastruktur auch nicht vorhanden. Ich kann aber dazu nicht viel sagen, weil ich keine leitende Funktion habe.

Außer Reden nichts gewesen?

Der ‚Steg e.V.‘, eine Koblenzer Initiative, die sich u.a. mit einem Projekt ‚Betreutes Wohnen‘ für Suchtkranke einsetzt, stößt immer wieder neu auf die Zusammenhänge von Arbeits- und Wohnungslosigkeit. Wenn Menschen nach Therapie und intensiver Begleitung aus dem ‚Betreuten Wohnen‘ in das ‚normale‘ Leben zurück kehren, brauchen sie Arbeit und Wohnung. Ein Teufelskreis: ohne Arbeit keine Wohnung und ohne Wohnung keine Arbeit. Diese politischen Rahmenbedingungen drohen eine erfolgreiche Therapie zunichte zu machen. Daher suchte der ‚Steg‘ das Gespräch mit Verantwortlichen in der Stadt.

An den Gesprächen am 12. 04. 2011 und 07. 06. 2011 nahmen teil:

von Seiten der Stadt:

Bürgermeisterin Frau Hammes-Rosenstein,
Frau Schüller, Sozialamt,
Herr Pabst, Sozialamt,
für den Steg:

Frau Stubbe und Herr Weinowski vom Vorstand
sowie die beiden Sozialarbeiter,
Herr Schaan und Herr Weber.

(Wir dokumentieren eine private Mitschrift.)

Herr Schaan:

Die Probleme für Menschen, die aus unserem ‚Betreuten Wohnen‘ (max. 2 Jahre) ausziehen und dann keine Wohnung in Koblenz finden, haben sich seit Einführung von Hartz IV verschärft. Es bestehen viele Vorurteile bei den Vermietern. Wenn die alkoholkrank und Hartz IV hören, machen sie die Schotten dicht. Die ‚Koblenzer WohnBau‘ sah auch kaum Möglichkeiten, passende kleine Wohnungen für unsere Leute bereitzustellen. Auch sie verwies auf die Probleme, die unsere Leute eventuell machen können. Eine Möglichkeit, die Hürde abzubauen, wurde in einer Nachbetreuung durch den ‚Steg‘ gesehen. Dabei wäre ein Widerspruch nicht zu übersehen: Unsere Leute wurden mit Geld von Stadt und Land ‚wohnfähig‘ gemacht und sollen dann noch ‚nachbetreut‘ werden?

Frau Stubbe:

Das Projekt ‚Betreutes Wohnen‘ in unserem ‚Ottmar-Bernauer-Haus‘ bietet 6 von der Stadt nicht anerkannten Wohnplätze nun schon seit vielen Jahren als unser ‚Privatvergnügen‘ an. Aufmerksam auf das Problem der Wohnungsnot, vor allem für Arme bzw. Menschen in schwierigen Lebenssituationen, wurden wir durch unsere Sozialarbeiter und durch die Ausstellung des Dekanats Koblenz ‚Der Armut in Koblenz ein Gesicht geben‘. Wir wollen eine politische Lösung erreichen.

Frau Schüller:

Die Stadt unterstützt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Es wird also schon was gemacht. Für Wohnungslose haben wir gesetzliche Vorgaben zur Höhe der angemessenen Mietkosten. Grundlage ist der Mietspiegel der Stadt. Die Höhe der Mietkostenerstattung wurde laut diesen Vorgaben angepasst. Rechtlich sind uns hier die Hände gebunden.

Die Achtung vor dem Gesetz ist das höchste Gut der Verwaltung, es ist absolut. Außerdem werden auch durch den ‚Steg‘ Leute nach Koblenz gezogen, die vorher nicht hier gewohnt haben, die aber nach dem ‚Betreuten Wohnen‘ in Koblenz wohnen bleiben möchten. Aus Koblenz selbst sind nur 2 Plätze belegt - Heftiger Protest von Herrn Schaan - aber Frau Schüller: Doch es ist so, wie ich sage.

Frau Hammes-Rosenstein:

Es wäre angesagt, wie in den 50^{er} Jahren, Wohnungsbau-Förderprogramme aufzulegen. Die Situation hat sich verschärft: Immer mehr Single-Haushalte, ein gewisses Klientel zieht wieder verstärkt in die Stadt (Alte Menschen - Apotheke und Arzt direkt um die Ecke), Alleinerziehende, Auszubildende u.s.w.. Für alle ist es schwierig, eine Wohnung zu bekommen. Daher ist ein Wohnungsvergorgungskonzept ein wichtiges Thema, weil man für viele Menschen eine Antwort haben muss. Dies ist seit 2010 konkreter geworden. Die Koblenzer WohnBau kann dies nicht leisten. Wir sind dran am Thema, obwohl es schwierig ist. Wir müssen an die Firmen, Investoren, Private ran - nur über Förderprogramme bekommen wir das in den Griff.

Frau Hammes-Rosenstein

betonte am 07.06., dass sie nur im Rahmen des Möglichen etwas tun könne, aber dass sie das von uns Gesagte in ihre Überlegungen und Entscheidungen einfließen lassen würde. Sie wisse um die Probleme (der schwierigen Wohnungssuche für Menschen welche nach zwei Jahren aus dem ‚Betreuten Wohnen‘ ausziehen müssen), aber sie könne nicht versprechen, in Einzelfällen unseren Verein betreffend etwas tun zu

können und das könne man auch von der ‚Koblenzer WohnBau‘ nicht erwarten.

Frau Stubbe

weist an Hand von Pressemitteilungen auf folgende Probleme hin:

- *Die Überlegung, die ‚Koblenzer WohnBau‘ zu privatisieren.*
- *Wohnungen in Niederberg (Wohnen am Buga-Park) sollen von der Bima verkauft werden. Somit stehen diese in Zukunft auch für Minderbemittelte nicht mehr zur Verfügung.*
- *Das Projekt „Soziale Stadt“ (gefördert durch Bundes- und Landesmittel) grenzt durch ‚Veredelung von Wohnraum‘ aus.*
- *Von der Stadt wird nichts unternommen um die Probleme anzupacken (Masterplan - möglichst alle Akteure an einen Tisch), obwohl alle statistische Daten vorhanden sind.*

Frau Hammes-Rosenstein:

Wir werden, aufbauend auf die Auftaktveranstaltung am 07. 04. 2011 im Rathaus, Sitzungen mit vielen Akteuren der Sozialverbände abhalten, damit wir einen großen Rahmen bekommen, um die Probleme anzupacken. Probleme gibt es sicherlich bei dem Versuch, Investoren, Stadtplaner, Vermieter, Immobilienfirmen, WohnBau und andere Akteure für eine Verbesserung im Bereich ‚kleine Wohnungen‘ an einen Tisch zu bekommen. Aber wir müssen es versuchen. Es wird lange dauern, versprechen kann man nichts.

Immer die gleichen Aussagen...

Frau Hammes-Rosenstein

Es ist schwierig. Wir sind am Thema dran. Wir wollen alle in einem Boot. Es wird ja etwas getan. Daher ist ein Wohnungsvergorgungskonzept ein wichtiges Thema, weil man für viele Menschen eine Antwort haben muss.

Frau Schüller:

***Wir haben gesetzliche Vorgaben.
Die Achtung vor dem Gesetz ist das höchste Gut der Verwaltung, es ist absolut.***

‚Koblenzer WohnBau‘:

Wir haben keine finanziellen Spielräume. Aus finanzieller Sicht kann die WohnBau nichts machen. Hartz IV und Niedriglöhne sind ein Problem für den Wohnungsbau. Was passiert: Die Wohnungen werden zu Anfang zum niedrigen Preis vermietet und danach wird die Miete erhöht.

**Aus einer Podiumsdiskussion im Ev. Stift
,Grundrecht Wohnen
bezahlbar und angemessen'
am 19. Oktober 2011**

Aus einer privaten Mitschrift

Frau Schüller, Leiterin des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales, Stadtverwaltung Koblenz:

Die rechtliche Seite ist: Jeder Mensch kann sich frei eine Wohnung suchen und Mietverträge abschließen. Das Wohnungsangebot stimmt nicht mit der Nachfrage überein, da können wir nichts tun.

Herr Siegel, Geschäftsführer der Koblenzer WohnBau:

Mir stellen sich die Nackenhaare, wenn wir von der WohnBau eine Wohnung anbieten und die dann nicht angenommen wird, weil der Wohnungssuchende nicht in eine ‚schlechtere Wohngegend‘ ziehen will.

Worauf dann aus dem Publikum erwidert wird:

Gehen sie mal mit dieser ‚schlechteren Wohnadresse‘ zu einer Bank und bitten um einen Kredit.

Darauf Herr Siegel:

Sie diskriminieren ja mit dieser Aussage die Leute, die da wohnen.

Darauf aus dem Publikum:

Das stimmt, was der Herr sagt, mir geht es so. Ich wohne in so einer abgehangenen Wohngegend.

**Ganz anders werden die Probleme von der
Liga der Freien Wohlfahrtsverbände
in Rheinland-Pfalz gesehen**

• *Es besteht die Gefahr, dass es zu Problemverlagerungen kommt: Soziale-Stadt-Gebiete werden aufgewertet und sog. „Problemfälle“ in die Brennpunkte ausgelagert und diese damit weiter verdichtet.*

• *Im Rahmen einer vorausschauenden Wohnungspolitik muss die Wohnungssituation sozial benachteiligter Menschen durch den Erhalt bzw. die Schaffung von günstigem Wohnraum verbessert werden.*

Soziale Stadt

Die Einkommensschwachen haben in Folge der Aufwertungsprozesse und der nach fast jedem Wegzug steigenden Mieten oftmals keinen Zugang zu Wohnungen in der Innenstadt mehr.

Für Einkommensschwache bedeutet die fortschreitende Gentrifizierung eine immer stärkere Verdrängung an die Stadtränder. Der Handlungsdruck für eine Umkehr zu einer sozialen Stadtpolitik ist enorm. (*Le Monde diplomatique*)

**Seniorenbeirat der Stadt Koblenz
Gesprächsrunde am 10. 02. 2012
im Rathaus**

Aus einer privaten Mitschrift

Von einem der Teilnehmer wurde sehr erregt beklagt, dass in den Mittelweiden durch einen Beschluss des Aufsichtsrates der Koblenzer Wohnbau schon über 100 Wohnungen platt gemacht wurden und in Zukunft weitere vier Wohnblocks geräumt werden. Alte Menschen, Hartz-IV-Empfänger, Leute mit Kindern werden vertrieben. Es handelt sich teilweise um Wohnungen, die erst in den 90er Jahren saniert wurden.

Herr Wollny von der Koblenzer Wohnbau:

Es werden keine Leute vertrieben. Von 300 Wohnungen stehen 100 leer. In den Wohnungen, die jetzt noch zur Sanierung anstehen, haben wir einen Leerstand von 12 Prozent. Die Bewohner haben ein Durchschnittsalter von 50 Jahren. Viele Leute sagen: Ich will nicht auf den Asterstein oder nach Neuendorf. Man muss auch bedenken, dass über die Hälfte der Wohnungen in den Problemgebieten von der WohnBau betrieben werden. Wir sind die, die die meisten Wohnungen für Behinderte, Alleinerziehende, Hartz-IV-Empfänger, alte Menschen, etc. bereitstellen.

Herr Siegel, Geschäftsführer der Koblenzer Wohnbau:

Unsere Durchschnittsmiete liegt bei 5 Euro. In den prekären Stadtteilen können wir nur sanieren, weil wir auch teurere Wohnungen vermieten, das gleicht aus. In anderen Städten, z.B. Mainz, ist es lukrativer. Da kann man viel höhere Mieten verlangen, in Koblenz geht das nicht. Das ist ein großes Hindernis für den Mietwohnungsbau. Wir lassen auch in den Mittelweiden prüfen, ob noch saniert werden kann oder ob abgerissen wird. Wir denken auch daran, preiswerte Wohnungen im Modulbereich (Container) zu bauen.

Andere Teilnehmer:

In Koblenz werden keine Mietwohnungen mehr gebaut, weil es sich nicht rentiert. Private Vermieter sind damit überfordert, passenden Wohnraum für ein Klientel mit Handycaps anzubieten. Für Behinderte sind z.B. viele Umbauten notwendig, die einfach nicht zu finanzieren sind. Nur hochpreisige Wohnungen werden gebaut oder saniert. An den Mittelstand muss man schließlich auch denken.

Soziale Stadt

Von großer Bedeutung für die Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Stadt- und Ortsteile ist das Programm „Soziale Stadt“. Ziel ist die Entwicklung von Stadt- und Ortsteilen, in denen verschärfte soziale sowie wirtschaftliche und städtebauliche Probleme bestehen.

Koblenz in der Schuldenfalle

Die ‚einzigartigen Projekte‘ haben die Stadt noch tiefer verschuldet.
Nun sitzt sie noch perspektivloser in der Schuldenfalle:

234.285.704 Euro Schulden 2001
269.404.974 Euro Schulden 2008
440.000.000 Euro Schulden Ende 2011
641.217.905 Euro Schulden Ende 2015

Zinslast:

19.000.000 Euro Zinsen 2012
28.000.000 Euro Zinsen 2014
32.600.000 Euro Zinsen 2015

Sparen und nochmals Sparen

Natürlich stehen die freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich (also vorrangig bei Jugend, Soziales, Kultur, Sport, Kriminalprävention etc.) als erstes im Blick der Sparer. Würden hier 3.2000.000 Euro eingespart, wären dies 0,72 Prozent der Schulden von Ende 2011.

Nach dem Eckwertebeschluss kann es aber auch keine neuen Projekte mehr geben. Wegen der Entwicklung der Zinslast muss sofort gespart werden und sofort für das Hallenbad ein privater Investor gesucht werden. Es droht sogar die endgültige Selbstaufgabe der Politik. „Wir müssen entschieden daran arbeiten, dass wir nach 2016 keine zusätzlichen Schulden mehr machen. Sonst entscheiden andere, was wir dann noch leisten können, nämlich gar nichts mehr. Das wäre das Ende gestaltbarer Politik“, so der OB in seiner Haushaltsrede.

Und da Sparen zum alternativlosen Diktat zu werden droht, muss in Zukunft genau abgewogen werden, welche Aufgaben die Stadt noch übernehmen und welche Angebote sie machen kann.

Wenn nur ‚angedacht‘ statt ‚nachgedacht wird...

Wir erinnern uns: Am 11. Mai 2009 wurde alle Kritik am Kulturbau und seinen Kosten im Ausschuss für Bauleitpläne vom Tisch gewischt und in der Ratssitzung am 04. 06. 2009 mehrheitlich mit 11 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen der Bebauungsplan „Zentralplatz und angrenzende Bereiche“ beschlossen. Nun zeigen sich die politisch Verantwortlichen kleinlaut und überrascht angesichts der Konsequenzen, die in Schulden und Zinsleistungen sichtbar werden. Die Sache ist aber im Kern relativ einfach: Die Koblenzer Politik hat nur ‚an-‘, aber nicht ‚nachgedacht‘ und sich so gewaltig ‚verhoben‘. Die Konsequenz ist die Last einer Kreditaufnahme für den Zentralplatz von 69 Millionen. Der Kulturbau ist ein finanzielles Fiasko bevor er die ihm ‚angedachten‘ Funktionen erfüllen kann. 2012 kommen zu den Schulden von 440 Millionen Euro 103 Millionen dazu. Hier schlagen die Kosten für den Kulturbau besonders zu Buche.

Nicht die denkmalgeschützten Immobilien in der Altstadt, die angeblich mit zu viel Geld aufwendig zu restaurieren wären, sind der finanzielle Ballast, sondern der Kulturbau auf dem Zentralplatz, der angeblich wegen dieser nicht zu leistenden Sanierung der Altimmobilien gebaut werden musste.

Nach der Buga: Der Offenbarungseid des OB

Bei der Einbringung des Haushaltes 2012 der Stadt Koblenz
verlautbarte OB Hofmann-Göttig in seiner Haushaltsrede im Stadtrat:

Ich habe kein konzeptionelles Problem mit dem Kulturgebäude und der Architektur des künftigen Zentralplatzes. Lediglich als Kämmerer habe ich Bedenken, ob wir uns mit alledem in Verbindung mit der BUGA, dem Schienenhaltepunkt Mitte, der Löhr- und der Schlossstraße, dem Schloss und der Rhein-Mosel-Halle nicht des Guten zuviel geleistet haben. Ich musste leider zu der Feststellung kommen, dass eine Umsteuerung der Großinvestition Zentralplatz inmitten des Jahres 2010 nicht mehr machbar war. Also stehe ich zu den vom Stadtrat mehrheitlich gefassten Beschlüssen. Das ist für mich eine Frage des Respekts gegenüber demokratischen Mehrheitsentscheidungen. Daher kommt es nunmehr entscheidend darauf an, dass wir dieses Projekt jetzt gut steuern und kontrollieren.

Doch unabhängig vom Erfolg des Zentralplatzes – mittlerweile haben wir zum Ende des laufenden Jahres eine Gesamtverschuldung von 440 Millionen Euro erreicht. Darauf packen wir jetzt einmalig, vor allem wegen des Zentralplatzes, noch mal gut 100 Millionen drauf. Sodass wir – wohlgemerkt, wenn wir Disziplin halten – nach der mittelfristigen Finanzplanung als Teil des Haushaltsentwurfs Ende 2015 bei einer Gesamtverschuldung von über 640 Millionen Euro angekommen sind.

Da wir ab dem kommenden Jahr rd. 1 Million Euro jährlich für die Erhaltung und Pflege unserer BUGA-Flächen ausgeben werden (*??Die Gartenschau 2003 in Rostock bescherte der Stadt jährlich 2 Mio. Folgekosten, siehe Seite 8*), können wir diese Ausgaben durch die Einnahmen der Übernachtungssteuer zum Teil kompensieren. Das – so meine ich – ist fair und verantwortbar. Denn viele unserer Gäste werden von unseren BUGA-Flächen profitieren. Nicht auszudenken, was die Koblenzer und unsere Gäste denken würden, wenn wir unsere Anlagen vergammeln ließen – gerade weil wir im Zusammenhang mit der BUGA immer von Nachhaltigkeit gesprochen haben.

Eine Ausgabesteigerung, die uns besonders schmerzt: Ich meine die fast 19 Millionen Euro Zinslasten! Eine Steigerung um 4,7 Millionen Euro gegenüber 2011. Im Jahr 2014 werden wir bei 28 Millionen Euro liegen und im Jahr 2015 werden wir ausweislich der mittelfristigen Finanzplanung bereits bei 32,6 Millionen Euro sein.

Wegen dieser Entwicklung der Zinslasten müssen wir sparen und zwar nicht irgendwann sondern sofort. Jede Million neuer Schulden belastet uns dauerhaft mit zusätzlichen Zinsausgaben. Wir müssen entschieden daran arbeiten, dass wir nach 2016 keine zusätzlichen Schulden mehr machen. Sonst entscheiden andere, was wir uns dann noch leisten können, nämlich gar nichts mehr. Das wäre das Ende gestaltbarer Politik. Und wir stehen nicht am Anfang dieser Entwicklung, sondern sind seit dem Jahre 2009 mitten drin. Hatten wir Ende 2008 noch eine Gesamtkreditverschuldung von 270 Millionen Euro, so wird sie nach unserer mittelfristigen Finanzplanung Ende 2015 auf 640 Millionen Euro aufgelaufen sein. Die volle Wucht der Zinsbelastungen holt uns erst in den Folgejahren ein. Aber sie holt uns ein, wenn wir nicht jetzt massiv umsteuern.

Die freiwilligen Leistungen haben wir auf dem abgesenkten Niveau des Nachtrags 2011 eingefroren. Das heißt, wir haben hier seit meinem Amtsantritt vor 19 Monaten die jährlichen Ausgaben dauerhaft um 3,2 Millionen Euro pro Jahr gesenkt – diese Einsparungen führen wir jetzt weiter.

Wir haben uns als Stadtvorstand deshalb entschlossen, Ihnen 17 Punkte – überwiegend abgeleitet aus den Vorschlägen von Dr. Mertes¹ – als strukturelle Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen vorzuschlagen:

1. die Aufgaben und Leistungen des städtischen Versicherungsamtes zu reduzieren und zukünftig keine Beratung in Fragen der Sozialversicherung, insbesondere keine Rentenberatung mehr anzubieten,
2. Ausbildungsabsolventen, von denen wir wissen, dass wir sie nicht übernehmen können, auch übergangsweise nicht mehr über Wochen weiterzubeschäftigen,
4. die Öffentlichkeitsarbeit im Umwelt- und Klimaschutz zu reduzieren,
6. Ansätze im Bereich der Kriminalprävention zu reduzieren,
7. eine Zusammenlegung von Jugendeinrichtungen zu prüfen,
9. den Eigenanteil für die Schülerbetreuung in den Grundschulen zu erhöhen,
10. die Grenze zur Übernahme der Schülerbeförderungskosten von 2 km auf 4 km anzuheben,
11. den Eigenanteil an der Mittagsverpflegung an Schulen zu erhöhen...
12. eine Überprüfung des Angebots der Volkshochschule zu diskutieren.

¹ Experte für die Haushaltsstrukturkommission

Trotz aller Sparpläne: Der Schuldenberg wächst

Der Schuldenberg wird in diesem Jahr in nie gekanntem Ausmaß wachsen. Von gut 103 Mio. Euro neuer Schulden war OB Hofmann-Göttig im Dezember 2011 ausgegangen. Jetzt sieht es so aus, dass sich das Minus bei den Kosten der laufenden Verwaltung und den Investitionen sogar auf knapp 107 Mio. Euro belaufen wird. *(Siehe Seite 17+18)*

Der Ergebnishaushalt:

- Bei Erträgen von 292,7 Mio. Euro liegen die Aufwendungen bei 329,9 Mio. Euro - ein Minus von 37,2 Mio. Euro.

Der Finanzhaushalt:

- Hier klafft eine Lücke von 107 Mio. Euro. Den größten Teil machen die Zahlungen auf die Investitionstätigkeiten der Stadt aus: 117 Mio. Euro, ein Großteil davon für den Kulturbau.

Die verzinsten Kredite werden bei 88,1 Mio. Euro liegen - und damit annähernd um 70 Mio. Euro höher als am Ende des vergangenen Jahres. *(Rhein-Zeitung vom 23.02.2012)*

Ja, aber: Haushalt zähneknirschend akzeptiert

- "Sündenfall Zentralplatz: Mit Zinsen und Abschreibungen kostet der Kulturbau auf 30 Jahre gerechnet nicht 100, sondern 200 Millionen Euro.
- "Der Eisblock Kulturbau darf nicht die Kälte in die Stadt bringen".
- Stephan Wefelscheid (BIZ) kritisierte den jährlichen Ansatz von einer Million Euro für die Buga-Flächen.
- Der Schienenhaltepunkt war ein „Flop“, sagte Manfred Gniffke (FBG). Jetzt müsse für das gespart werden, "was wir uns geleistet haben, ohne vorher dafür zu sparen". Auch die Jugend könne am Sparen beteiligt werden.
- Mark Scherhag (CDU) rief den Stadtrat dazu auf, nicht rumzujammern, sondern Zuversicht zu zeigen: "Nur wer investiert, bleibt interessant." Seine Fraktion wolle zustimmen, das aber ist "der letzte Vertrauensvorschuss für den Oberbürgermeister." Die beschlossene Ausgabenreduzierungen seien nur "ein Tropfen auf den heißen Stein". So werde die Neuverschuldung Null bis 2016 nicht funktionieren. "Es kann nicht sein, dass die Bürger die Zeche zahlen".
- Der OB selbst kündigte an, dass diese Sparrunde erst der Anfang ist: "Auf die 17-Punkte-Liste werden 100 folgen müssen."

(Rhein-Zeitung vom 25.02.2012, Blick aktuell Nr.09/12)

Der Ergebnishaushalt bildet alle Erträge und Aufwendungen ab. Das heißt, alle Vorgänge, durch die das Vermögen der Gemeinde vergrößert oder geschmälert wird.

Der Finanzhaushalt stellt alle kassenwirksamen Vorgänge, also Ein- und Auszahlungen, dar. Im Unterschied zum Ergebnishaushalt müssen diese sich nicht zwangsläufig auf die Vermögenssituation der Gemeinde auswirken. Z.B. wird hier auch der Kauf eines Autos dargestellt. Dieser Vorgang wird von der Ergebnisrechnung nicht erfasst, da er lediglich einen "Tausch" von Geld- gegen Sachvermögen darstellt, ohne das Gesamtvermögen der Kommune zu vergrößern oder zu schmälern.

Interview mit dem OB

Frage: Kann ein OB auch mal in Rage kommen?

Davon bin ich zum Glück noch entfernt. Ich empfinde es aber in der Sache sehr störend, wenn man getroffene Entscheidungen, die unwiderruflich feststehen, ständig in Frage stellt und so tut, als hätte man Alternativen.

Frage: Mit Kritik an ihren Ansätzen zur Haushaltskonsolidierung wurde im Rat nicht gespart, hat man zählbare Sparvorschläge außer Acht gelassen?

Natürlich können wir mit Einsparungen im einstelligen Millionenbereich keine in Richtung 500 Millionen Euro laufenden Schulden abbauen. Wir sind auf einem Weg und der ist ganz schön steinig. Das wird dann schon in der nächsten Runde, wenn es um rund 100 Punkte (*Tränenliste*) gehen wird, knackig genug.

Frage: 100 neue Sparziele hören sich schon jetzt bedrohlich an. Um was wird es gehen?

Dazu gibt es hier und heute noch nichts zu sagen. Die Fraktionen werden in diesem Jahr der Haushaltsstrukturkommission beitreten. Ich hoffe sehr, dass wir hierüber wieder eine haushaltspolitische Einigkeit hinbekommen, denn die ist so wichtig, wenn wir an die großen Brocken des Einsparens gelangen möchten. An dieser Einigkeit ist mir - Kritik im Stadtrat hin oder her - sehr gelegen. Aber an einem will ich auch keine Zweifel lassen. Die Haushaltsprobleme sind allein durch Einsparungen nicht lösbar. Deshalb kämpfe ich weiter für die Übernachtungssteuer, damit auch unsere Gäste etwas zur Infrastruktur beitragen.

(Aus Blick aktuell Nr. 09/2012)

Auch ein Streichkonzert gegen Jugendliche

Oder war die BuGa doch kein wirtschaftlicher Erfolg?

Auf das Sommermärchen Buga folgt nun das Streichkonzert. Das jedoch klingt schon nicht mehr gut, sondern eher wie Trauermusik voller Misstöne. In seiner Haushaltsrede vom 16.12.2011 hat der Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ein 17-Punkte-Strukturprogramm für 2012 angekündigt: „Wir dürfen keine Tabus zulassen. Es muss überall gespart werden.“ „Überall“ heißt natürlich nicht bei der Wirtschaftsförderung etc., sondern „überall“ im sozialen Bereich und wohl besonders bei der Jugend. Der Stadtvorstand macht als Sparvorschlag: Pauschalkürzung der freiwilligen Leistungen für Jugendarbeit von 5 Prozent. Bei diesem ‚Streichkonzert‘ droht dem ‚Haus Metternich‘, der offenen Anlaufstelle für Jugendliche mitten in der Stadt, die Schließung.

Das alles hindert den Oberbürgermeister nicht daran, auf eine Rhetorik zurück zu greifen, die genau das Gegenteil von dem sagt, was gerade politische Praxis ist. Massive Eingriffe in die Zukunft Jugendlicher werden geplant und gleichzeitig wird vollmundig verkündet: „Natürlich ist unsere Jugend unsere Zukunft. Deren Chancen gilt es zu sichern.“

Offensichtlich sind dem Oberbürgermeister Jugendliche nicht um ihrer selbst willen wichtig, sondern nur weil sie „unsere Zukunft“ sind. Vor allem spielt er nach der alten bekannten ‚Streichweise‘ des Sozialabbaus Gruppen gegeneinander aus, die Anspruch auf Förderung haben. Diesmal heißt es Junge gegen Alte – und das auch noch im Namen der ‚Humanität‘; denn so lässt der OB verlauten: Eine mit der Zukunftssicherung Jugendlicher „verbundene Vernachlässigung der Älteren wäre aber inhuman und töricht. Auch die Älteren wollen ihren Platz inmitten des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb müssen wir die Interessen aller Generationen gleichberechtigt würdigen.“

„Gleichberechtigt würdigen“ kann doch wohl in diesem Zusammenhang nur heißen „gleichberechtigt“ kürzen. Diese Form der Gleichberechtigung wird zu einer Form der Gleichberechtigung im Sozialabbau. Dazu gibt es dann ja wieder einmal keine Alternative. Und so folgt die Diskussion, bei welchen Gruppen gekürzt werden kann, verbunden mit der Debatte, wer mehr oder weniger der Förderung ‚würdig‘ ist. Die alte zynische Debatte über ‚würdige‘ und ‚unwürdige Arme‘ wird auf neuem Niveau aufgelegt.

Fragt sich nur, was aus der versprochenen Wirtschaftskraft geworden ist. Der ehemalige OB Schulte-Wissermann hatte getönt, der städtische Anteil von 28 Millionen Euro (für die BuGa) werde mindestens die zehnfache Menge an Wirtschaftskraft entfalten.

Man sagte auch, dass der neue Zentralplatz jährlich rund 600.000 Menschen anziehen werde. Dies sei sogar durch diverse Gutachten belegt und eine Riesenchance für Koblenz. Deshalb müsse in Kultur investiert werden, zumal jeder Tagestourist 30 bis 40 Euro in der Stadt lasse.

Bei dem wirtschaftlichen Erfolg der BuGa und den in Aussicht stehenden Erfolgen der Investitionen in „einzigartige Projekte“ müsste, entsprechend der Ankündigungen, doch das Geld im Stadtsäckel sprudeln. Statt dessen heißt es jetzt Streichkonzert mit dem Versuch, Gruppen, die von Streichungen betroffen sind, gegeneinander in Stellung zu bringen – ganz nach der Devise ‚Teile und streiche!‘

Oder offenbart sich im Streichkonzert eine andere Wahrheit über die Stadt? Die „einzigartigen Projekte“ haben die Stadt noch tiefer verschuldet. Nun sitzt sie noch perspektivloser in der Schuldenfalle. Die Zeche zahlen Menschen, die auf Förderung angewiesen sind. Wo aber im sozialen Bereich gespart wird, da werden soziale Probleme schnell in Sicherheitsprobleme verwandelt. Dafür hält dann das Ordnungsamt mit Herrn Klug die bekannten Rezepte und Sprüche bereit.

- „Auf der Karthause gibt es Krawall.“
- „Immer mehr junge Schängel ohne Perspektive“
- „Altstadt-Gastronomen planen City-Streife“
- "Eltern sollen mit Kindern über Alkohol reden"...

Das sind nur einige Schlagzeilen der ‚Rhein-Zeitung‘ aus den letzten Monaten. Die Mittel, die nötig sind, um Fehlentwicklungen präventiv zu begegnen, reichen nicht aus und sollen nun auch noch gekürzt werden. Glauben denn die politisch Verantwortlichen in der Stadt im Ernst, man könne mit mehr Ordnungskräften, Polizei oder sogar mit privaten Wachdiensten soziale Probleme lösen und das auch noch ‚kostengünstig‘? Um es einmal mit ‚Politikermund‘ zu sagen: **Es gibt keine Alternative** zur Stärkung der Jugendarbeit, zur Ermöglichung von Begegnung und sinnvollen Beschäftigungen in der Freizeit...

Buga 2011

Der städtische Anteil von 28 Millionen Euro werde mindestens die zehnfache Menge an Wirtschaftskraft für die Region entfalten, ist sich der OB Eberhard Schulte-Wissermann sicher.

Die Schulden der Stadt und das Drama um den Kulturbau

Es ist das alte Lied: Sozialabbau wird mit der Notwendigkeit des Sparens gerechtfertigt. Das sehen doch dann wohl alle ein, jedenfalls, alle „die Koblenz lieben“. Mit denen kann der OB dann „was schaffen“. Ja was? Schuldenabbau und Sozialabbau stehen auf dem Programm.

Da dämmert in deutlichem Kontrast zu den optimistischen Parolen, mit denen die ‚einzigartigen Projekte‘ der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden, die Erkenntnis, sich in narzisstischer Selbstüberschätzung ‚überhoben‘ und ‚verhoben‘ zu haben. „Shopping-Center und Kulturbau werden Koblenz wirtschaftlich, touristisch und kulturell stärken, aber haben wir uns nicht zu viel zugemutet?“, kriecht als skeptische Frage aus dem Mund des Oberbürgermeisters. Eine Umsteuerung sei 2010, also mit dem eigenen Amtsantritt, nicht mehr machbar gewesen. Das klingt nach einer Entlastungsstrategie. An dem durchaus absehbaren Schuldendesaster sind ‚die anderen‘ schuld. Für den ‚armen‘ OB bleibt nur noch die Krisenverwaltung. Und das bei so ‚einzigartigen Projekten‘, die von politisch Verantwortlichen noch vor wenigen Monaten in höchsten Tönen angepriesen wurden.

Z.B. das „Forum Mittelrhein“

In der Ratssitzung vom 16. 12. 2011 hat der OB verdeutlicht: "Der Kulturbau hat die Stadt im finanziellen Würgegriff und schnürt ihr die Luft ab."

Zum Jahresende 2011:

"Das (*Forum Mittelrhein*) ist das größte Bauprojekt, das in Koblenz je stattgefunden hat“, gab Hofmann-Göttig nicht ohne Stolz zu Protokoll. Immerhin gibt die Stadt dafür 95,4 Millionen Euro aus. Damit nicht genug: „...Für die Stadt Koblenz werden es rund 100 Millionen Euro, denn auch im Umfeld ... werden wir noch etwas tun. ... Wenn man dazu Löhrrstraße, Schienentaltepunkt, Schloss, Rheinufer und Rhein-Moselhalle rechnet, hat die Stadt in fünf Jahren Investitionen von 350 Millionen Euro geschaffen."

Ein Glaspalast für Kulturgenießer?

Gigantisch, außergewöhnlich und weltweit einmalig. Die Glasfassade wiegt 275 Tonnen. Sie hat eine Fläche von 5.700 qm. Der Fassade wird Leichtigkeit und Eleganz nachgesagt.

Eine rosige Zukunft für Koblenz sieht Kulturdezernent Knopp vor allem wegen des Kulturbaus. Laut Knopp machen Zahlen deutlich, wie wichtig der Kulturbau sei: „In Koblenz tummeln sich täglich 34.000 Schüler und Studierende ... ein enormes Potential für Bibliothek und Museum. ... Wir rechnen ohne den

Synergieeffekt durch das Einkaufszentrum mit jährlich 600.000 Besuchern in den kulturellen Einrichtungen. ... Denn in einer drei Viertel Stunde rund um Koblenz leben eine Million Menschen, die darauf warten, dass man ihnen was anbietet. Sie kommen dann auch zu Events und in den Kulturbau.“ Knopp hofft, dass sich die Zahl der jährlich zwei Millionen Tagestouristen verdoppelt: „Jeder Tagestourist gibt 40 Euro aus und wenn er übernachtet 200 Euro. Das war die Motivation für den Stadtrat, dem Kulturbau zuzustimmen. Dass er Geld kostet ist klar, aber Geld in kulturelle Bildung zu investieren, ist auch eine wichtige Zukunftsaufgabe“, betont Knopp.

„Ein geliehenes Buch anlesen...“

Aber das ist noch nicht alles! Mit dem Panoramaaufzug fährt der Besucher auf die Dachterrasse, die eine stufenförmige Plattform aus Lärchenholz erhält. Von hier aus hat er nicht nur einen fantastischen Blick auf Koblenz, sondern auch auf das benachbarte Shopping-Center, durch das etwa 600 Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier kann man relaxen oder „ein geliehenes Buch anlesen“. (*Blick aktuell Nr. 51-52/11*)

Genau das könnte das Problem sein: ein Buch nur ‚anlesen‘, aber nicht zu Ende lesen, einen Gedanken mal ‚andenken‘, aber nicht weiter und schon gar nicht zu Ende denken. Und mit geliehenen Büchern, nicht mit eigenen, sondern mit geliehenen Gedanken. Und wenn die Gedanken von der Wirtschaft geliehen sind, kommt eine Kultur im Dienst von Commerz heraus, eine instrumentelle Kultur, marktförmig und ohne Eigensinn.

Wenn dann auch die geliehenen ökonomischen Gedanken nicht zu Ende gedacht werden, kommt dabei die Schuldenfalle heraus und mit ihr die Scheinalternative: Kulturförderung oder Sozialabbau. Und da Koblenzer Politiker offensichtlich nur ‚anlesen‘, ‚andenken‘..., bleibt ihnen nur die Krisenverwaltung in der Schuldenfalle.



Irgendwie erinnert der Glaspalast an ein Kreuzfahrtschiff für ‚Besserverdienende‘, einschließlich der Risiken und Nebenwirkungen.

Et neue Schängel-Lied

Et es bekannt doch iverall,
vill Schulde mir am Bein.
Die Kasse leer dat is egal,
datt nicht ons doch kein Pein.
Am Deutsche Eck do wird geklotzt,
do kenne mir jo nix:
Geld rausgeschmiss un offgemotzt,
von nix do kümmt doch nix.
Mer sin für nix mie bang,
on singe en Lewe lang:

E lustich - Kowelenz left doll in Saus und Braus,
wolle alles han zack-zack - do sin mir doch fein raus.
Die Buga her,
Zentralplatz wat en Schau:
Do losse mir et richtig krache mit dem neue Kulturbau.

Rhein-Mussel-Hall un Schloss ganz doll,
et wäiß och jedes Kend,
mir brauche och en Bahnhof, Leut
zum shoppe schnell do sin.
Et Löhr-Center wird umgebaut
zum City-Bahnhof schnell:
Alle komme flott no Kowelenz,
jo mir sin ganz schön hell.
Uns is et do nit bang,
hell klingt unser Gesang:

Eh lustich - mir hann en prima Laufstech in der Stadt,
paar Milliöncher sind verbuddelt - dat hat doch good geklappt.
Sauwer - die Löhr-Stroß,
Bettler komme nit rinn,
et wärd geshoppt - wie bekloppt - bis mir Pleide ginn.

All liewe doch uns Kowelenz,
do sinn mir jo ganz jeck,
och wenn die Brücke sin em Asch,
do gugge mir doch weg.
Och Obdachlose uns egal
Die sin doch selwer Schuld:
Macht euch mo nit so dicke hey,
sunst reist uns die Geduld.
Für dänne is uns nit bang,
mir singe do mit Klang:

Ons - isset doch egal ob die Welt zosamme kracht,
mir lewe an Rhein on Mussel - da wär et doch gelacht:
Mir sind mir
stell dich mol nit su an,
prima säin mir droff mit Konsum- und Größenwahn.

Sozialkürzungen im Frühling

Nach der Melodie: „Mein Vater war ein Wandersmann“

In Kowelenz am schöne Rhein, vill Großprojekte kühn,
datt Geld reicht vorn un hinne nit, drum Kürzunge uns blühn.

Refr. Schulde hier, Schulde da
und wer zahlt, für die Großprojekte, die ihr wolltet
hier? Ihr kürzt jetzt da,
bei dene, die nix han.

Die Buga, die Rhein-Mussel-Hall, der Schienenhaltepunkt,
Zentralplatz, ECE-Kultur, vom Geld fehlt jede Spur.

Refr. Gutachten hier, Fehlschätzung da
und wer zahlt, für die Großprojekte, die ihr wolltet
hier? Ihr kürzt jetzt da,
bei dene, die nix han.

Jetzt fängt datt große Kürze an im Kowelenzer Rat,
Azubis nach der Lehr nix han, die Wirtschaft Vorrang hat.

Refr. Versprechen hier, Lügen da
und wer zahlt, für die Großprojekte, die ihr wolltet
hier? Ihr kürzt jetzt da,
bei dene, die nix han.

Mit 17 Punkten spare mir, bei Rentnern giht et los,
die brauche kein Beratung mehr, ihr Sparbuch is nit groß.

Refr. Schätzungen hier, Beschwerden da
und wer zahlt, für die Großprojekte, die ihr wolltet
hier? Ihr kürzt jetzt da,
bei dene, die nix han.

Geprüft wird och Haus Metternich als Jugendeinrichtung,
der OB kräftig spare will, die Pänz, die hänge rum.

Refr. Kontrolle hier, Krawalle da
und wer zahlt, für die Großprojekte, die ihr wolltet
hier? Ihr kürzt jetzt da,
bei dene, die nix han.

Für'n klare Kopp der Schüler läuft vier Kilometer weit,
nur der OB fährt überall, von Fahrtkosten befreit.

Refr. Ein Maß hier, ein andres da
und wer zahlt, für die Großprojekte, die ihr wolltet
hier? Ihr kürzt jetzt da,
bei dene, die nix han.

Sparen bis zum Exitus

Zum ‚Rezept‘ der Krisenverwalter

Die Schulden der einen sind die Exporterfolge der anderen und umgekehrt. Dass dieses Spiel nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann, wird immer offensichtlicher. Schulden, die nicht mehr bezahlbar sind, das heißt durch künftige Arbeit nicht mehr refinanziert werden können, führen mitten hinein in Zusammenbrüche. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil diese Schulden von einer Wirtschaft geschultert werden sollen, die Arbeit als Grundlage der Mehrwertproduktion aufgrund des Zwangs zum Produktivitätsfortschritt systematisch überflüssig machen muss. Gleichzeitig steigen die Kosten, die aufgebracht werden müssen, um einen Arbeitsplatz zu finanzieren, da eine immer größere Maschinerie und Infrastruktur finanziert werden müssen, um Arbeitskraft anwenden zu können. Ohne Kredite ist dies nicht möglich, und ohne Sparen können die Kredite nicht zurückgezahlt werden.

Wie Sparen als Rezeptur systematisch in die Pleite führt, wird aktuell in Griechenland vorexerziert. „Griechenland zeigt exemplarisch, dass die Menschen auf Jahre hinaus aufhören müssten zu leben, um weiterhin kapitalistischen Kriterien zu genügen“, formuliert Robert Kurz in einem Beitrag für KONKRET. Was in Griechenland in die Pleite führt, soll als nächstes in Portugal seine Fortsetzung finden. Die wirtschaftlichen Daten sind bedrohlich. Innerhalb von zwei Jahren stieg die Arbeitslosenquote von unter elf auf 13,6 Prozent im Dezember 2011. Ein Fünftel der Portugiesen lebt unterhalb der Armutsgrenze. Nach den Prognosen der Zentralbank soll das Bruttoinlandsprodukt 2012 um 3,1 Prozent zurück gehen.

Wie in Griechenland droht nun die berüchtigte Toika mit ihrer Hilfe. Es muss gespart werden, d.h. Kürzungen im öffentlichen Dienst, bei den Renten sowie im Gesundheits- und Bildungswesen, Privatisierungsprogramme bis hin zum Verkauf der Staatsanteile an unrentablen Unternehmen an ausländisches Kapital. Dafür wird ein Kredit von 78 Milliarden Euro versprochen. Davon sollen 35 Milliarden als Zinszahlungen an die Banken fließen. Wie diese Kredite realwirtschaftlich refinanziert werden können, bleibt ein Geheimnis, zumal Portugals Fischindustrie, Metallindustrie und Landwirtschaft nach den Gesetzen der Konkurrenz ‚erfolgreich‘ niederkonkurriert worden sind. Gewiss jedoch ist, dass sich die Troika ihre in den wirtschaftlichen Exitus führenden Hilfen mit 655.000 Euro finanzieren lässt. Was Robert Kurz für Griechenland formuliert, gilt auch für Portugal und weitere Schuldenstaaten.

Zudem frisst sich die Zerstörungsdynamik logischerweise auch in die Länder fort, deren Exporte

durch die Verschuldung bereits nicht mehr konkurrenzfähiger Länder finanziert wurden. Was abzusehen war, ist inzwischen auch statistisch belegt. Die Auslandsnachfrage aus den sog. Randländern der Euro-Zone leidet – vor allem aus Griechenland, Portugal und Irland. Aber auch Italien, Belgien und Spanien reduzierten ihre Importe aus Deutschland zwischen 2006 und 2011 um zweistellige Prozentsätze. Das Gesamtergebnis präsentiert eine Statistik aus dem 4. Quartal 2011: Demnach „sanken die Exportaufträge aus der Euro-Zone um 5,4 Prozent. Der Anteil der Warenverkäufe in die Länder der Währungsunion am BRD-Gesamtexport schrumpfte 2011 auf unter 40 Prozent, das Ausfuhrvolumen in die gesamte EU sank unter 60 Prozent.“ (*Junge Welt vom 14.2. 2012*).

Unter kapitalistischen Rahmenbedingungen gibt es zur Exitus-Rezeptur von ‚Sparen und neue Kredite‘ keine anderen Optionen. Der Kapitalismus kann nur noch über die Quadratur des Kreises von Sparen und neuer Verschuldung aufrecht erhalten werden. Das aber wird auf Dauer nicht möglich sein. Die Krise lässt sich mit immer neuen Zumutungen für die Bevölkerung zeitlich strecken, aber nicht lösen. Ohne Verschuldung kann der Kapitalismus nicht mehr funktionieren. Aber nach seiner eigenen Logik müssen Schulden beglichen werden. Dies aber ist aufgrund der inneren Schranke kapitalistischer Mehr-Wert-Produktion nicht möglich. Griechenland, Portugal... ist überall. Auch die Koblenzer Verschuldungsproblematik ist Teil dieses globalen Zusammenhangs.

Fein ‚gemerkelte‘ Sätze

"Man könne in Europa nicht zusammenarbeiten, wenn die Politik danach ausgerichtet werde, wie viele Menschen gerade auf der Straße stehen."

"Es gibt das Gerücht, dass Staaten nicht pleitegehen können. Dieses Gerücht stimmt nicht."

"Außer dem Staat kann keiner mehr helfen. Das ist eine interessante Erfahrung."

"Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit. Unsere Werte müssen sich auch im Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft behaupten."

"Ich denke an dichte Fenster! Kein anderes Land kann so dichte und so schöne Fenster bauen."

‚Sozialer Exklusion‘ und der Zwang zur ‚Inklusion‘

Dass es in Deutschland wachsende ‚soziale Exklusion‘ und damit eine sich verschärfende Spaltung der Gesellschaft gibt, ist mit empirischen Daten belegt¹. Seit Ende der 1990er Jahre wird eine Zunahme der relativen Einkommensarmut registriert. Erheblich geschrumpft ist dagegen im gleichen Zeitraum die Anzahl der Bezieher mittlerer Einkommen². So wird zu recht von wachsender Armut und einer abstürzenden Mittelschicht gesprochen. Diese Prozesse schlagen sich in einem hohen Armutsrisiko nieder³. Von Verarmung sind auch Menschen in Erwerbsarbeit betroffen. Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis des Ausbaus des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Armut ist somit nicht nur das Resultat von Arbeitslosigkeit, sondern auch von Erwerbsarbeit, deren Lohn zum Leben nicht ausreichend ist.

Wer arm ist, bleibt von der Teilhabe am sozialen, politischen, kulturellen Leben der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Politik beantwortet und forciert diese Problemlagen mit neoliberalen Strategien. Diese neoliberale Politik nahm ihren Ausgang in den Krisenphänomenen, die sich bereits Anfang der 1970er Jahre in Form wachsender Staatsverschuldung und sich abzeichnender struktureller Arbeitslosigkeit zeigten. Sie beinhalten den Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung und den Umbau der Gesellschaften zu nationalen Wettbewerbsgesellschaften. In ihnen wird die Standortsicherung und damit die Wettbewerbsfähigkeit zur obersten Maxime⁴. Der Sozialstaat wird als Problem und der Markt als Lösung definiert.

Die neoliberalen Rezepte verschärfen die soziale Exklusion und machen als deren Kehrseite zugleich eine problematische Seite der Inklusion deutlich. Exklusion und Inklusion sind vermittelt über den Arbeitsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt entscheidet sich, wer ausgegrenzt wird und wer dazu gehören kann. Die individuellen Lebenslagen von Menschen „sind durch und durch (arbeits)marktabhängig. Sie sind sozusagen die Perfektionierung der Marktabhängigkeit bis in alle Fasern der Existenz(sicherung) hinein.“⁵ Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse verschärfen den Druck, das Leben auf die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, d.h. auf die Verwertbarkeit der Ar-

beitskraft für die Vermehrung des Kapitals auszurichten und die entsprechenden Zumutungen in Kauf zu nehmen. Schließlich gilt: ‚Jede Arbeit ist besser als keine.‘

Menschen, deren ‚Humankapital‘ sich über den Arbeitsmarkt nicht oder nur zu prekären Bedingungen verwerten lässt, sind exkludiert, d.h. arm und aufgrund fehlender materieller Grundlagen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Für sie gilt: ‚Ohne Moos nichts los.‘

Aber auch diejenigen, deren ‚Humankapital‘ über den Arbeitsmarkt Verwertung findet, stehen unter Dauerstress, d.h. unter dem Druck, so ‚mobil‘ und ‚flexibel‘ zu funktionieren, dass sich ihr ‚Humankapital‘ effektiv und kostengünstig verwerten lässt. Die geforderten Anpassungsleistungen sind immer wieder neu zu erbringen – und zwar ‚eigenverantwortlich‘. Unterwerfung soll als Selbst-Unterwerfung geschehen. Im Rahmen der sog. Hartz-Reformen und ihrer Kombination von Fördern und Fordern wurde ein Instrument entwickelt, mit dem der „Druck auf die Arbeitskräfte, sich den Zwängen des Arbeitsmarktes flexibel anzupassen“¹, erhöht und die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Arbeitsverhältnisse durchgesetzt werden konnte. Hier wird deutlich, dass Inklusion nicht unreflektiert als Ziel formuliert werden kann. Vermittelt über den Arbeitsmarkt wird sie zur Zwangsinklusion unter die Verwertungsbedingungen der Arbeitskraft.

Menschen stehen unter dem Druck der Exklusion, aber auch der Zwangsinklusion. Ulrich Duchrow u.a. haben die psychischen Destruktionen beschrieben, die damit verbunden sind²:

Die Inkludierten sind einem psychischen, sozialen und materiellem Stress ausgesetzt, der sich in der „Angst vor Arbeitsplatzverlust, sozialem Abstieg und Verarmung und der damit impliziten Bedrohung der materiellen und sozialpsychischen Existenz und Identität“³ zeigt. Im Blick auf die Exkludierten sprechen die Autoren von einer doppelten Viktimisierung. Sie werden aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung ausgegrenzt und dabei für ihr Schicksal selbst verantwortlich gemacht. Sie haben die sozialen Folgen von Ausgrenzung und diffamierender Schuldzuweisung zu verarbeiten. Die psychischen Schädigungen zeigen sich in kollektivem Perspektivverlust, individueller Desorientierung und Schädigung des Selbstwertgefühls. In einem verzerrten Weltbild übernehmen Exkludierte oft die sie stigmatisierenden Sichtweisen der sog. Eliten. Diese werden sichtbar in

¹ Vgl. die Angaben bei: Winfried Thaa, Markus Linden, *Armut im demokratischen Wohlfahrtsstaat*, in: Herbert Urlings, Nina Trauth, Lukas Clemens (Hg.), *Armut, Perspektiven in Kunst und Gesellschaft*, Darmstadt 2011, 140-149, Anm. 1.

² Allein im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 ist sie von 62 auf 54% der Bevölkerung gesunken. Vgl. Thaa, Linden, 140.

³ Vgl. auch den im Auftrag der Bundesregierung erstellten „Datenreport 2011“. Demnach stagniert die Armutsgefährdung in Deutschland auf hohem Niveau. *Junge Welt* vom 12.10. 2011.

⁴ Joachim Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin 1995.

⁵ Ulrich Beck, *Risikogesellschaft Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt 1986, 210.

¹ Thaa, Linden, 144.

² Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Kürger, Vincenzo Petrarca, *Solidarisch Menschen werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung*, Hamburg 2006.

³ Ebd. 119.

einer öffentlichen Propaganda, die das Schicksal der Ausgegrenzten als Versagen interpretiert und ihre Unterstützung durch Sozialleistungen als die Haushalte belastende Kostenfaktoren darstellt. Angesichts der psychischen Schädigungen der Verlierer in unserer Gesellschaft lässt sich erahnen, welche Spuren der Zerstörung die periodisch immer wieder neu angezettelten Diffamierungskampagnen hinterlassen – von Kohls Rede vom ‚kollektiven Freizeitpark‘, über Schröders Faulenzerdebatten bis hin zu Westerwelles ‚spätrömischer Dekadenz‘.

Inklusion und Exklusion in der Krise des Kapitalismus

Die Probleme um Exklusion durch Armut und Zwangsinklusion in den Arbeitsmarkt, von Sozialabbau und Staatsverschuldung begleiten uns bereits seit einigen Jahrzehnten. Dies ist kein Zufall, sondern der Krise des Kapitalismus geschuldet. Sie wurde in der Staatsverschuldung in den 1970er Jahren für viele zum erstenmal greifbar. Als Strategie zur Bewältigung der Krise wurde der Neoliberalismus durchgesetzt. Die Staatsverschuldung sollte durch Maßnahmen wie Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung und vor allem durch die Akkumulation von Kapital auf den deregulierten Finanzmärkten bewältigt werden. Nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 und den staatlichen Rettungsmaßnahmen für Banken und Konjunktur sind wir nun wieder da gelandet, wo die Krise in den 1970er Jahren ihren sichtbaren Ausgang nahm: bei der Staatsverschuldung – jedoch nun auf einem unvergleichlich höheren Niveau. Die Bankenkrise und die Krise der Finanzmärkte werden zu Staatskrisen.

Die Ausweglosigkeit der Politik zeigt sich in einem Dilemma: Die Staatsverschuldung zwingt zum Sparen. Der Sparzwang aber würgt eine Konjunktur ab, die über private oder öffentliche Verschuldung finanziert werden muss. Verschuldung fungiert seit Jahrzehnten als Konjunkturtreibstoff der Weltwirtschaft. Die wirtschaftlichen Erfolge der einen werden durch die Verschuldung der anderen, also durch Defizitkreisläufe, finanziert. Wenn also Griechenland – wie es heißt – über seine Verhältnisse gelebt hat, hat es damit deutsche Exporte finanziert. Weil die Konjunktur von Defizitkreisläufen, also von Verschuldung, abhängig ist, drohen mit Sparmaßnahmen konjunkturelle Einbrüche. Gleichzeitig wird deutlich: Die angehäuften Schulden sind nicht bezahlbar. Dies setzte eine Wirtschaftsleistung voraus, die nicht zu erbringen ist.

Die Krise, die sich auf den Finanzmärkten zeigt, hat Ursachen, die tiefer, nämlich in der kapitalistischen Produktionsweise selbst, liegen. Diese stößt auf eine innere logische Schranke, die sich nicht mehr überspringen lässt. Dies sei wenigstens kurz angedeutet:

Unternehmen produzieren in Konkurrenz zueinander. Daher sind sie zu einem ständigen Produktivitätsfortschritt gezwungen, d.h. dazu, immer höhere Summen in teure Technologie zu investieren und Arbeitsplätze abzubauen bzw. den Anteil der Arbeit an der Gesamtproduktivität zu reduzieren. Im Klartext: Die Produktion wird teurer und Arbeit ‚überflüssig‘. Ohne hinreichenden Einsatz von Arbeit aber kann der Kapitalismus nicht den Wert und Mehr-Wert produzieren, der nötig ist, um die technologischen Grundlagen der Produktion sowie die Kosten für soziale und ökologische Folgeschäden zu finanzieren.

Mit der Arbeit wird also die für die Vermehrung des Kapitals nötige Substanz entsorgt. Der Kapitalismus kann sich selbst nicht mehr aus einer hinreichenden Wertmasse finanzieren und stößt an die Grenze seiner Reproduktionsfähigkeit. Die Maßnahmen der Politik zielen darauf, diese Grenze durch die genannten neoliberalen Konzepte zu kompensieren. Aber die Ausweglosigkeit solcher Maßnahmen zeigt sich gegenwärtig in dem Dilemma von Sparzwang und der Notwendigkeit, Geld auszugeben, um Banken, Euro und Konjunktur zu retten.

Für unsere Frage nach Inklusion und Exklusion bedeutet dies: Das Ende der Fahnenstange ‚sozialer Exklusion‘ für die einen und des Zwangs zur Inklusion für die anderen ist noch nicht erreicht. Die Problemlagen dürften sich weiter verschärfen.

Zwangsintegration im Arbeitshaus?

Vor zweihundert Jahren wurde Charles Dickens geboren. In seinen Romanen schildert er die barbarische Behandlung der Armen im sich durchsetzenden Kapitalismus. Die Antwort, die dieses System für die Armen bereit hält, ist Zwangsintegration im Armenhaus. Das Armenhaus ist zugleich Arbeitshaus. Die Armen werden kontrolliert und diszipliniert. Auch die Armen können der Herrschaft der Arbeit nicht entkommen. Zeigt der Blick in die Vergangenheit, was in der Krise droht?

„Work Houses‘ waren – wie ihr neoliberaler Ableger Hartz IV – zugleich Erziehungsanstalten. Entweder die Insassen beugten sich dem strengen Reglement oder sie landeten auf der Straße. Dort war Oliver Twist brutalen Unternehmern wie dem Kaminfeger Gamfield ausgeliefert, der kleine Jungen zu Reinigungszwecken in rußige Rauchfänge stopfte. Ein Leichenbestatter namens Sowerberry speiste ihn mit dem übriggebliebenen Hundefutter ab und ließ ihn in Särgen schlafen, bevor eine Londoner Diebesbande sich seiner bemächtigte. Als diese auf harten Fakten beruhende Leidensgeschichte im Krönungsjahr Queen Victorias erschien, hatten die Houses of Parliament gerade das

„New Poor Law“ auf den Weg gebracht. Es betraf den Zuschnitt und die Finanzierung der Armenhäuser, die dem britischen Steuerzahler zu einem Fass ohne Boden geworden waren.

Nicht nur bedürftige Kinder, Alte und Kranke wurden dort von nun an weggesperrt. Auch Arbeitslose verloren ihren Anspruch auf Außer-Haus-Fürsorge und mussten, nach Geschlechtern getrennt, in die Armenkasernen einrücken. Wer sich dem Zwang zum Steinklopfen und Aufdröseln von Schiffstauen bei Wasser und Brot widersetzte, konnte sehen, wo er mit seiner brachliegenden Arbeitskraft blieb.“

(Aus: Kurt Darsow, *Die toten Augen von London*, in: *Junge Welt* v. 7.2. 2012)

„Rohe Bürgerlichkeit“

im Krieg aller gegen alle - Arbeitslos, unrentabel, wertlos...

Die Diskriminierung von Minderheiten in Deutschland nimmt seit 2009 deutlich zu. Sie zeigt sich in Form von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie in der Abwertung von Arbeitslosen und Behinderten. Diesen Trend stellt die Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ fest. Erstellt wurde sie von einem Autorenteam um den Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer. Die Studie befördert u.a. folgende Sichtweisen ans Tageslicht:

- Mehr als 52 Prozent sind der Meinung, die meisten Hartz-IV-Bezieher drückten sich vor der Arbeitssuche.
- 35 Prozent befürworten, dass bettelnde Obdachlose aus den Fußgängerzonen entfernt werden.
- Insbesondere höhere Einkommensgruppen verweigern schwachen Gruppen die Unterstützung und pochen verschärft auf Vorrechte für Etablierte. Dies verbindet sich mit der Abwertung schwacher Gruppen.
- Rechtspopulistische Einstellungen nahmen insbesondere zwischen 2009 und 2010 in höheren Einkommensgruppen zu.

Angesichts ausländerfeindlicher Anschläge wollte Bundeskanzler Schröder den „Aufstand der Anständigen“ mobilisieren. Die Mitte sollte gegen den rechten Rand, aber auch gegen „links“ in Stellung gebracht werden. Schröder witterte, dass rechtsextreme Gewalt dem „Standort Deutschland“ schaden könnte. Das Problem lässt sich aber nicht einfach auf den Rand der Gesellschaft reduzieren, sondern erwächst aus der Mitte einer neoliberal ökonomisierten Gesellschaft. In der Sprache Schröders formuliert: Die „Anständigen“ sind das Problem.

Gemeint sind diejenigen, die ökonomische Sichtweisen auf soziale Lebenszusammenhänge übertragen und Menschen nach wirtschaftlichen Kriterien von Effizienz, Mobilität und Flexibilität bewerten. Die gesellschaftliche Demarkationslinie verläuft zwischen Verwertbaren und Nicht-Verwertbaren, zwischen denjenigen, die durch ihre Arbeit die gesellschaftliche Produktivität fördern und denjenigen, die angesichts klammer Kassen nicht mehr finanzierbar sind, ja eine Belastung für die Entfaltung wirtschaftlicher Produktivität darstellen.

Einer Erwerbsarbeit nachzugehen wird so zum entscheidenden Bewertungskriterium von Menschen. Je höher der Beitrag zu wirtschaftlicher Produktivität eingeschätzt wird, desto höher ist die gesellschaftliche Anerkennung. Umgekehrt gilt: Auf Abwertung und Missachtung stoßen diejenigen, die nicht zur Produktivität der Gesellschaft beitragen. Sie sind Stör- und Belastungsfaktoren in einer auf Leistung und Konkurrenz ausgerichteten Gesellschaft. Also: Bewunderung für die Erfolgreichen und Missachtung für die Unrentablen.

In dieser „Logik“ werden „Nutzlose“ und „Überflüssige“ zum gesellschaftlichen Problem stilisiert. Da ist es kein Zufall, dass der Zorn der „Anständigen“ jederzeit vor allem auf Langzeitarbeitslose focussiert werden kann und die Studie feststellt, dass die Ressentiments gegenüber Langzeitarbeitslosen mit sinkender Soziallage kontinuierlich zunehmen. Noch unter den Langzeitarbeitslosen „rangieren“ die Obdachlosen. Ihre Arbeitsmoral wird als noch geringer eingeschätzt. Die „Logik“ wirtschaftlicher Produktivität und Leistungsorientierung impliziert eine Ideologie der „Ungleichwertigkeit“. Sie kann mit ihren Ressentiments jederzeit aktiviert werden, wenn es darum geht, weitere Schritte im Sozialabbau durchzusetzen oder aufstiegsorientierten Mittelschichtlern zu „erklären“, warum der Fahrstuhl nicht nach „oben“, sondern nach „unten“ geht. Schuld an individuellem Scheitern ebenso wie an wirtschaftlichen Krisen sind eben die „Faulen“, die dann auch noch finanziert werden sollen. Das wird doch jeder einsehen, und das wird doch in einem freien Land auch noch gesagt werden dürfen.

„Rohe Bürgerlichkeit“

Mit dem Begriff „Rohe Bürgerlichkeit“ interpretiert die Forschergruppe die Ergebnisse ihrer empirischen Studien. Sie ist vor allem in höheren Einkommensgruppen verbreitet und zeigt sich in Forderungen nach Abbau von sozialstaatlichem Anrecht auf Unterstützung. „Gnade durch Wohlhabende und Selbstverantwortung der sozial Schwachen“ heißt die Zauberformel.

Die mit „roher Bürgerlichkeit“ verbundene Entkultivierung „offenbart sich im rabiaten Auftreten und Durchsetzen eigener Ziele mit rabiatischen Mitteln. Das zeigt sich in der Abwertung schwacher Gruppen.“

Diese ‚rohe Bürgerlichkeit‘ scheint ihren gepflegten Konservatismus unter dem Dach der Verhältnisse abzustreifen. Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante - verrohte - Einstellungen zu wandeln. Es geht um die Sicherung bzw. Steigerung eigener sozialer Privilegien durch Abwertung und Desintegration volkswirtschaftlich etikettierter Nutzloser sowie um kulturelle Abwehr durch Abwertung (etwa hinsichtlich der Islamfeindlichkeit).“

...in der Krise des Kapitalismus

„Rohe Bürgerlichkeit“ könnte als „zivilisatorischer Rückfall“ (Heitmeyer) interpretiert werden, aber auch als ‚Offenbarung‘ dessen, was immer schon im ‚Bürger‘ steckt: Marx hat deutlich gemacht, dass die Individuen im Kapitalismus in einen wirtschaftlichen Menschen („bourgeois“) und einen politischen Menschen („citoyen“) zerfallen. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille bzw. zwei Sphären der kapitalistischen Vergesellschaftung. In der Sphäre der Wirtschaft gilt das Gesetz der gnadenlosen Selbstbehauptung in der ökonomischen Konkurrenz um Gewinner und Verlierer, um die Verwertung der Verwertbaren. In der Sphäre der Rechts, des Staates, der Politik begegnen sich die Konkurrenten als gleiche und freie Warenbesitzer. Nur wenn durch die staatliche Ordnung Eigentum garantiert und die Gültigkeit von Verträgen gesichert ist, kann die Warenzirkulation funktionieren. So verbindet sich mit der ökonomischen Sphäre ‚bourgeoiser‘ Selbstbehauptung die zivilisierte („citoyen“) Sphäre der gegenseitigen Anerkennung als Warenbesitzer. Diejenigen, die sich in der einen Sphäre ökonomisch nieder konkurrieren, begegnen sich in der politischen Sphäre ‚zivilisiert‘.

„Zivilisierte“ politische Strukturen und Umgangsformen kann sich der Kapitalismus aber offensichtlich nur bei einem gelingenden Verwertungsprozess leisten. Dieser aber stößt auf eine logische Schranke. Der Preis seiner wachsenden Produktivität ist die Entsorgung von Arbeit als notwendiger Substanz für die Vermehrung des Kapitals. Mit dem Ersatz menschlicher Arbeit durch Technologien schwindet die Grundlage, Wert- und Mehrwert zu produzieren. Zudem gerät die gesamte Veranstaltung durch Kosten für technische Innovation, aber auch für die sozialen und ökologischen Folgen an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit. Weil der Kapitalismus an die Grenzen seiner Reproduktionsfähigkeit stößt, gerät er in die sattem bekannten Finanzierungskrisen. Er hängt am Tropf der Verschuldung. Nur über künstliche Geldtransfusionen kann sein Leben verlängert werden. Die Politik als staatliche Krisenverwaltung sieht sich unter das Diktat des Sparens gestellt. Die Auswirkungen zeigen sich im Verfall der sozialen, pädagogischen und materiellen Infrastruktur und nicht zuletzt in den wieder neu anstehenden Kürzungsmaßnahmen.

Die von der Studie kritisierte „Ökonomisierung der Lebenswelt“ ist Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Sie soll durch betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerungen in allen Lebensbereichen bewältigt werden. Jeder ist sein eigener Betrieb und für sich selbst verantwortlich. Das gilt auch für diejenigen, die im Konkurrenzkampf aller gegen alle nicht mithalten können. An ihrem Scheitern ist ihre mangelnde Leistungsbereitschaft bzw. Faulheit schuld. Auf dieser Grundlage ‚reifen‘ die beschriebenen Vorurteile gegen Arbeitslose und Obdachlose: arbeitslos, nutzlos, abgewertet...

In der Krise des Kapitalismus werden sozialen und damit auch die humanen Spielräume kontinuierlich enger. Die ‚Würde des Menschen‘ steht unter Finanzierungsvorbehalt. ‚Zivilisiertes‘ Verhalten, wie es der Sphäre der Zirkulation, der Sphäre des Rechts und der Politik entspricht, kann sich die Krisengesellschaft offensichtlich nicht mehr leisten. Es wird ersetzt durch ‚rohe Bürgerlichkeit‘, durch das ‚rohe‘ Handeln derer, die im Krieg aller gegen alle nach Möglichkeiten der Selbstbehauptung um jeden Preis suchen. In diesem Krieg bietet die Abwertung der ‚Unrentablen‘ eine willkommene Legitimation für Sozialabbau. Vom Abstieg bedrohte Mittelschichtler können sich mit ihrer Hilfe abgrenzen und zugleich stabilisieren. Aber auch Verlierer, die keine Aussicht mehr sehen, ihrer Lebenslage zu entkommen, versuchen, neue Verlierer zu schaffen, um sich selbst durch deren Abwertung aufwerten zu können.

Was im Innern recht ist, soll nach außen billig sein. Die entsprechenden Vorurteile werden auch gegen die Verlierer in der EU mobilisiert. Sie haben über ihre Verhältnisse gelebt, sind nicht konkurrenzfähig, weil wenig leistungsbereit und faul... Das ganze Programm gegen die Systemverlierer ist mobilisierbar. Es bringt zudem den Vorteil, dass dabei unsichtbar bleiben kann, dass die drohenden Staatspleiten in Europa u.a. ein Ergebnis des Niederkonkurrierens in der Krise sind. Grundlage der deutschen Exporte sind konsequentes Lohndumping und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Verfall sozialer, pädagogischer und materieller Infrastruktur... Dadurch ist es gelungen, Konkurrenten in der EU zu unterbieten. Genau diese Strategie der Konkurrenzfähigkeit wird nun den verschuldeten Ländern verordnet und mit ökonomischen Zwangsmaßnahmen durchgesetzt. Damit werden Menschen ins Elend getrieben, die Ökonomie Prozessen der Deindustialisierung unterworfen und demokratische Prinzipien mit Füßen getreten. Auch das ist ‚rohe Bürgerlichkeit‘. In der Krise stehen auch die Spielregeln bürgerlicher Demokratie zur Disposition. In dieser Logik kann Finanzminister Schäuble anregen, Griechenland könne doch die für April vorgesehenen Wahlen um ein Jahr verschieben. Demokratie hin oder her, die Schuldenzahlung muss gewährleistet sein.

Nur Biedermänner, aber keine Brandstifter

„Rohe Bürgerlichkeit“ ist ein Spiel mit dem Feuer. Dies sei auch auf jene hin gesagt, die in Koblenz mit diesem Feuer spielen: vom Leiter des Ordnungsamtes, über den Oberbürgermeister bis hin zu „Alle lieben Koblenz“. Sie setzen auf Standortkonkurrenz in der Region und verschärfen mit ihren Großprojekten die Verschuldung der Stadt. Die Konsequenz von beidem ist Sozialabbau. Als ideologische Begleitmusik sind die schrillen Töne „roher Bürgerlichkeit“ unüberhörbar. Wenn aus dem Spiel mit dem Feuer ein Flächenbrand wird, waren alle nur Biedermänner. Brandstifter lassen sich keine mehr finden...

Leserbrief: Zum RZ-Artikel

"Ordnungsamt schickt organisierte Bettler weg"

Menschliches Leid liegt auf der Straße, man macht einen Bogen drum, höchstens mal den Blick darüber schweifen lassen. Not leidende Menschen versuchen, durch Betteln zu überleben. Das geht nur, wenn ganz still gebettelt wird, nicht auffällig und bitte nicht gewerbemäßig organisiert. Sonst kommt das Ordnungsamt mit dem Gesetz, mit der Gefahrenabwehrverordnung. Die Bettler sind aus Osteuropa, werden mit Fahrzeugen angekarrt und im Abstand von 100 Metern in die Fußgängerzone gesetzt, das alles weiß man, wenn schon nicht genau dann schon "ziemlich" sicher.

Die Aussagen von Herr Klug, Leiter des Ordnungsamtes, der Bettlern nie was gibt: "... weil das Geld meistens nicht in was zu Essen, sondern in Tabak und Alkohol angelegt wird...." Er spricht hier von "anlegen", so wie man Geld auf einer Bank anlegt. So werden mit Vorurteilen die armen Menschen, die schon aller Würde beraubt wurden, diffamiert und ihnen noch der letzte Rest von menschlichen Bedürfnissen abgesprochen. Klug als Bettlerfreund: "Es kann nicht sein, dass die den ganzen Tag da sitzen und nachher alles abgeben müssen. Und einer macht mit den Ärmsten auch noch den Reibach." Herr Klug als Bescheidwisser: "...hier in Deutschland (muss) keiner ohne Wohnung sein und Hunger und Durst leide(n), wenn er mit seiner staatlichen Unterstützung vernünftig wirtschaftet." Soll heißen: Es gibt keine Hungerlöhne, kein Hartz IV, keine Wohnungsnot, keine Altersarmut, keine Tafel, keine Obdachlosigkeit. Genau, Herr Klug, machen wir einfach die Augen zu. Was wir nicht mehr sehen wollen, ist auch nicht mehr da. Das sind einige Schlagzeilen der RZ der vergangenen Wochen: "Es gibt 13.000 Bürger in Koblenz - das sind 12,22 Prozent der Koblenzer - die überschuldet sind," "Fast jeder sechste Deutsche ist von Armut bedroht", "Obdachlosigkeit macht Menschen krank", "Geld für Wohnung fehlt".

9. NOVEMBER 2011

Lol

Ordnungsamt schickt organisierte Bettler weg

weihnachtszeit sitzen und knien viele Frauen und Männer in der Fußgängerzone - Oft verdienen nur die Hintermänner

nen wie zum Beispiel SOS-Kinderdörfer."

"Wenn jemand was macht, zum Beispiel malt oder Straßenmusik macht, dann gebe ich selbstverständlich was", sagt eine junge Frau aus Nickenich. "Wenn man stehenbleibt und sich unterhalten lässt, finde ich sogar, dass es sich einfach gehört, das zu honorieren. Aber einfach so? Nein."

„Auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen ist es verboten, in aggressiver, aufdringlicher, bedrängender oder behindernder Form zu betteln; dies gilt auch für das Betteln mit oder durch Minderjährige sowie das organisierte Betteln.“

Aus der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Koblenz

Grundsätzlich ist die Abwehr von aggressivem oder organisiertem Betteln Sache des Ordnungsamts. „Die Kollegen achten darauf“, sagt Ordnungsamtsleiter Reiner Klug. „Und man sieht das auch: Das sind dann gleichartig aussehende Frauen und Männer, meist aus Osteuropa, und die sitzen im Abstand von 100 Metern in der Fußgängerzone.“ Die organisierten Bettler, von denen man ziemlich sicher weiß, dass sie mit Fahrzeugen nach Koblenz gebracht werden, werden von den Ordnungsamtsmitarbeitern dann aufgefordert, ihre Sachen zu packen und das Betteln zu beenden. „Je nachdem wird auch ein Verwarnungsgeld von 15 Euro oder so erhoben, um das Betteln unattraktiv zu machen“, erklärt Klug.

Denn die Bettler würden zwar niemandem etwas tun, aber man wolle so auch die Ausbeutung der Frauen und Männer verhindern. „Es kann nicht sein, dass die den ganzen Tag da sitzen und nachher alles abgeben müssen. Und einer macht mit den Ärmsten auch noch den Reibach.“

Klug gibt selbst übrigens nie etwas, sagt er. „Aus mehreren Gründen. Erstens, weil das Geld meistens nicht in was zu Essen, sondern in Tabak oder Alkohol angelegt wird. Und zweitens, weil ich denke, dass hier in Deutschland keiner ohne Wohnung sein muss und Hunger und Durst leidet, wenn er mit seinen staatlichen Unterstützungen vernünftig wirtschaftet.“

Zwei Streifenpolizisten gehen an der Frau vorbei. Auch sie lassen ihren Blick nur kurz über sie schweifen. „Sie bettelt ja nicht aggressiv, spricht die Leute nicht an und so“, sagt der junge Polizist. „Sonst würden wir einschreiten, klar.“ Und auch gewerbemäßiges Betteln ist in Koblenz nicht erlaubt. „Wir werden im Auge behalten, ob sie jeden Tag hier sitzt“, sagt seine Kollegin.